



# Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg.muenster.nrw.de

## Sitzungsvorlage 26/2012

### Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 19.03.2012

Berichterstatter: Abteilungsdirektor Gregor Lange

Bearbeiter: Regierungsdirektorin Andrea Beatrix-Hess  
Tel.: 0251-411-1750  
Regierungsbeschäftigte Inge Weber  
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 18.06.2012**

### Beschlussvorschlag

#### für die Verkehrskommission:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

#### für die Strukturkommission:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

#### für den Regionalrat:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

## Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 19.03.2012

---

**Beginn: 09.30 Uhr**

**Ende: 12.25 Uhr**

**Anwesenheitsliste: s. Anlage 1**

**Der Vorsitzende** begrüßte die Anwesenden, insbesondere Herrn Gutsche als neues Mitglied des Regionalrates, und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Regionalrat beschloss einstimmig, den von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Fracking gestellten Antrag unter TOP 17 zu behandeln.

**TOP 1:       Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Regionalrates vom 12.12.2011**

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

**TOP 2:       Vortrag eines Vertreters des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zum sog. Empirica-Gutachten**

**Herr Daams** referierte anhand von Folien\* über die Entwicklung der quantitativen und qualitativen Neubaunachfrage auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen bis 2030. Er erläuterte die dem Empirica-Gutachten zugrunde liegende Methodik und ging auf die Neubaunachfrage und Wohnungsüberhänge in den Wohnungsmarktregionen Münsterland und Borken und die Entwicklung auf dem Teilmarkt Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Mehrfamilienhäuser ein. Als Schlussfolgerung sei festzuhalten, dass die Relevanz kommunaler wohnungspolitischer Handlungskonzepte zunehme und dabei regionale Aspekte an Wichtigkeit gewinnen. In Wachstumsregionen bleibe die Sicherstellung eines bezahlbaren Wohnungsangebotes für Haushalte mit kleinen Einkommen Aufgabe der kommunalen und staatlichen Wohnungspolitik. Bei der Baulandpolitik sollte sich der Fokus auf die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden richten, da die heutige Entwicklung in Südwestfalen in 20 Jahren auch das Münsterland betreffen werde. Die geplanten Regionalkonferenzen zur Vorstellung des Empirica-Gutachtens könnten z.Zt. aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung noch nicht geplant werden.

\* Folien der PPP siehe Anlage 2 zur Niederschrift

**Herr Schemmer** gab zu bedenken, dass das Gutachten ausschließlich auf den Bedarf abgestellt worden sei und die zum Teil sehr lange Lebensdauer von Gebäuden mit bis zu 100 Jahren und zum Teil 200 Jahren weniger Berücksichtigung gefunden habe. Aufgrund dieses Problems sowie angesichts des dargestellten

hohen zusätzlichen Wohnungsbedarfs werde sich die Situation auf längere Zeit gesehen dahingehend entwickeln, dass im Münsterland Wohnungsbedarf entstehe.

**Herr Daldrup** ging auf die Problematik ein, den die Auswirkungen der demographischen Entwicklung und der qualitativ anderen Anforderungen an den Wohnungsbau für die kleineren Gemeinden des Münsterlandes mit sich bringen werde. Diese Situation bedürfe mehr Aufmerksamkeit hinsichtlich der perspektiven Entwicklung in der Wohnungsbau- und Städtebaupolitik.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** erkundigte sich, ob bei den Ergebnissen des Gutachtens auch die Pendlerströme berücksichtigt worden seien.

**Herr Streich** bat um Auskunft, ob durch das Gutachten auch neue Erkenntnisse hinsichtlich der Innenentwicklung der Städte insgesamt gewonnen werden konnten.

**Herr Fehr** machte deutlich, dass bei den im Gutachten erwähnten hohen Kosten für qualitätsvollen Umbau auf das Neubauniveau auch die Entwicklung der Energiepreise mit einzubeziehen sei.

**Herr Daams** ging auf die Nachfrage von **Herrn Schemmer** ein und berichtete, dass die Altersstruktur der bestehenden Wohnungen in der Nordrhein-Westfalen nicht gleichmäßig verteilt sei. Tatsächlich müsse ein sehr geringer Teil tatsächlich aus der Altersentwicklung heraus ersetzt werden. Außerdem entspreche der Wohnungsbau aus den 50er und 60er Jahren in Teilen nicht mehr den Wohnungsmarktansprüchen der Mieter und auch der Eigentümer.

Auf die Anmerkung von **Herrn Daldrup** bezüglich der Entwicklungen im ländlichen Raum machte er deutlich, dass hier eine sehr genau der lokalen Situation angepasste Politik notwendig sei, die sowohl auf die Aspekte des Denkmalschutzes und Erhalt der Strukturen als auch auf die Erfordernisse an die Qualität der Immobilien ausgerichtet werden müsse.

Die von **Frau Regierungsvizepräsidentin** angesprochenen Pendlerströme seien nicht als Grundlage des Gutachtens mit berücksichtigt worden. Man habe sich im Wesentlichen auf die Haushaltszahlen, bezogen auf die demographische Nachfrage, sowie auf die über die Regressionsrechnung errechnete qualitative Nachfrageentwicklung gestützt.

Auf Nachfrage von **Frau Tanjsek** berichtete **Herr Daams**, dass er eine höhere Nachfrage von Eigentumswohnungen aufgrund der Entwicklung zu kleineren Haushalten nicht bestätigen könne, da es die meisten kleineren Haushalte bereits länger gebe. Es stelle sich vielmehr die Frage, ob ausreichend altersgerechter Wohnraum zu finanzierbaren Preisen vorhanden sei.

Der Regionalrat bedankte sich für den Vortrag von Herrn Daams und nahm die Sitzungsvorlage 2/2012 zur Kenntnis.

**TOP 3: Regionale Strukturpolitik**  
**I. Clusterentwicklung**  
**II. Münsterland**  
**III. Bundeswehrreform, Standort Rheine-Bentlage**

**Herr Regierungspräsident** erläuterte die Sitzungsvorlage und informierte über den aktuellen Sachstand der Bundeswehrreform. Am 24.03.2012 erfolgte im Rahmen des Jahresgesprächs der Stadt Rheine mit Mitgliedern des Bundes- und Landtags der 2. Faktenscheck. Bisher habe der Bundesminister der Verteidigung nicht auf das ihm am 27.01.2012 persönlich übergebene Argumentationspapier reagiert. Das Argumentationspapier sei in der Zwischenzeit breit gestreut worden. Entgegen bisheriger Informationen solle nach Aussage des Regimentskommandeurs und Standortältesten Oberst Salewski mit dem Transfer des Regiments an die neuen Standorte bereits im Januar 2013 begonnen werden.

Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Wolf werde am 23. März eine Delegation der Region empfangen, am 19. April werde der Minister den Standort besuchen und für ein Gespräch mit politischen und kommunalen Vertretern zur Verfügung stehen.

**Der Vorsitzende** gab einen ausführlichen Überblick über die seit April 2011 seitens der Vertreter der Stadt Rheine, des Kreises Steinfurt und des Regionalrates angestrebten Bemühungen für einen Erhalt des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage. Auch die Landesregierung unterstütze ausdrücklich die Bemühungen der Region für eine Überprüfung der Entscheidung und habe sich hinter den Kompromissvorschlag gestellt, die CH 53 bis zu ihrem Auslaufen am Standort Rheine-Bentlage zu belassen. Damit könnten sich die Auswirkungen für die Region nicht ganz so gravierend gestalten wie bei dem jetzigen Beschluss.

**Herr Ballenthin** sprach das Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung an und stellte fest, dass hier ein großer Aufwand mit hoher Mittelausstattung betrieben werde.

Hinsichtlich der vom Münsterlandpräsidium eingesetzten Arbeitsgruppe, die mit Blick auf die zukünftigen Förderschwerpunkte der EU-Strukturfonds die Potentiale des Münsterlandes definieren solle, stelle er sich die Aufstellung eines Zeitplanes für die Erarbeitung der Ziele und eine möglichst kurzfristige Umsetzung vor.

Er bedankte sich bei allen Beteiligten für ihren intensiven Einsatz für die Erhaltung des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage. Es sei zu hoffen, dass zumindest dem vorgeschlagenen Kompromiss gefolgt werde und der Hubschrauberstandort in Rheine-Bentlage erhalten bleibe.

**Herr Daldrup** merkte an, dass jede zusätzlich Initiative zum Thema Fachkräftesicherung vernünftig und notwendig sei.

Bezüglich der vom Münsterlandpräsidium eingesetzten Arbeitsgruppe schließe er sich den Ausführungen von Herrn Ballenthin an.

Hinsichtlich der Bundeswehrreform erinnerte er an die im April 2011 bereits im Vorfeld der bevorstehenden Entscheidungen begonnene Diskussion und beschlossene Resolution des Regionalrates. Seiner Auffassung nach hätten die nachfolgenden Bemühungen der Region für den Erhalt des Bundeswehrstandortes

Rheine-Bentlage zeitnah mit mehr Nachdruck erfolgen müssen. Zu unterstützen seien alle Bemühungen, die getroffene Entscheidung des Verteidigungsministers zur Schließung des Standortes Rheine-Bentlage zeitlich hinauszuzögern, um Zeit für den notwendigen Strukturwandel zu gewinnen.

**Der Vorsitzende** stellte fest, dass es seiner Kenntnis nach immer intensive Bemühungen seitens der Region zum Erhalt des Bundeswehrstandortes gegeben habe.

**Herr Fehr** machte deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei ihrer in der letzten Sitzung des Regionalrates dargestellten Positionierung bleibe. Falls der militärische Auftrag der Bundeswehr eine Verlagerung erfordere, sollten sich die betroffenen Regionen möglichst schnell mit den Fragen der Konversion auseinandersetzen und hierzu Hilfe einfordern. Er machte deutlich, dass die im April 2011 vom Regionalrat verabschiedete Resolution mit zwei Gegenstimmen seiner Fraktion beschlossen worden sei.

**Herr Dr. Sommer** bedankte sich als Vertreter des Kreises Steinfurt ganz herzlich bei der weitest gehenden parteiübergreifenden Unterstützung seitens des Regionalrates. Es bestehe die Erwartung, dass der Bundesverteidigungsminister, wie zugesagt, seine Entscheidung überprüfe und dann die Entscheidung so verändere, wie es für die Region und angesichts der mit einer Standortverlegung verbundenen immensen Kosten auch für die Steuerzahler sinnvoll sei. Nach den vom Verteidigungsministerium für eine Standortentscheidung herausgegebenen Kriterien Funktionalität, Kosten, Attraktivität des Standortes und Präsenz in der Fläche habe niemand mit der Entscheidung rechnen können, dass der Standort Rheine-Bentlage geschlossen werden könne. Die Region sei mit ihrer Vorgehensweise auf dem richtigen Weg und angesichts der funktionierenden Infrastruktur in Rheine und unter Berücksichtigung des Kostenfaktors spreche alles für eine Umsetzung des vorgeschlagenen Kompromisses und das Verbleiben des Hubschrauberstandortes für die nächsten 15 Jahre.

**Herr Streich** machte deutlich, dass die die für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage laufenden Initiativen auf jeden Fall der richtige Ansatzpunkt seien. Angesichts der vom Bundesverteidigungsministerium aufgestellten Kriterien habe man nur davon ausgehen können, dass der Standort Rhein-Bentlage erhalten bleibe.

**Herr Fehr** machte deutlich, dass es nicht richtig sei, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich für einen Abzug der CH 53 einsetze. Die Situation sei vielmehr unter den übergeordneten Gesichtspunkten der Reform der Bundeswehr zu sehen. Die anstehenden Investitionen seien zunächst notwendig, um unterm Strich ein positives Ergebnis erzielen zu können.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 3/2012 zur Kenntnis.

**TOP 4: Fortschreibung Regionalplan Münsterland  
Sachstand und weiteres Verfahren**

**Herr Lange** erläuterte die Sitzungsvorlage, ging auf die sich abzeichnenden Konfliktfelder im weiteren Erarbeitungsverfahren ein und gab einen Überblick über die Gesamtprojektplanung.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 4/2012 zur Kenntnis.

**TOP 4a: Landesplanerische Steuerung von großflächigen Einzelhandels-  
vorhaben, aktuelle Rechtslage**

**Herr Lange** erläuterte die Sitzungsvorlage und schlug vor, die in der Sitzung der Planungskommission Münsterland gezeigten Folien als Anlage zur Niederschrift zu nehmen.

\*Folien siehe Anlage 3 zur Niederschrift

**Herr Schemmer** unterstützte den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage, wonach die landesplanerische Steuerung von großflächigem Einzelhandel dringend regelungsbedürftig sei.

**Herr Daldrup** betonte ebenfalls die dringende Notwendigkeit der Einführung konkreter und möglichst verbindlicher landesplanerischer Vorgaben und erkundigte sich, ob im Münsterland z.Zt. ein diesbezügliches konkretes Problem bestehe.

**Herr Lange** führte aus, dass der Bezirksregierung im Moment kein konkretes Vorhaben zur Genehmigung vorliege.

Auf Nachfrage von **Herrn Eiling** führte er aus, dass auch Flächenbegrenzungen für zentrenrelevante Kernsortimente vorgesehen seien, insbesondere sollten bei Möbelmärkten, Baumärkten etc. die Randsortimente auf 10 % der Verkaufsfläche beschränkt werden. Ebenfalls als Zielrichtung im künftigen LEP vorgesehen sei das Verbot der Beeinträchtigung von Zentralen Versorgungsbereichen benachbarter Gemeinden durch großflächige Einzelhandelsvorhaben.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 22/2012 einstimmig zu.

**TOP 5: 25. Änderung des geltenden Regionalplanes Münsterland  
„Erweiterung der Abgrabungsbereiche für die Kalksteingewinnung  
im Teutoburger Wald auf den Gebieten der Stadt Lengerich und  
der Gemeinde Lienen“  
-Erarbeitungsbeschluss-**

**Herr Lange** erläuterte die Sitzungsvorlage und ging insbesondere auf die in der Sitzung der Planungskommission thematisierte Problematik ein. Er erläuterte die aus regionalplanerischer Sicht getroffene Beurteilung des Sachverhaltes und empfahl den vorliegenden Erarbeitungsbeschluss zu fassen. Damit werde die Regionalplanungsbehörde beauftragt, in ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung

zu gehen und dann entsprechend die Anregungen und Bedenken zu diesem Verfahren einzuholen und zu einer Entscheidungsfindung zu kommen.

**Herr Nospickel** erklärte, hier gehe es zum einen um einen Bereich mit höchstwertiger zu schützender Natur und zum anderen auch um die Themen Arbeitsplatzsicherheit, Versorgungssicherheit und Planungssicherheit. Bei diesen vorliegenden Konfliktlagen sei das Verfahren mit größter Sorgfalt und ohne Vorfestlegungen durchzuführen. Die Bezirksregierung sei diesem Anspruch mit ihrer Beurteilung, das Änderungsverfahren als regionalplanerisch verträglich zu bewerten und in das Erarbeitungsverfahren einzutreten, gerecht geworden. Die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

**Herr Daldrup** betonte die Wichtigkeit, dass es keine Vorfestlegungen geben dürfe. Die SPD-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen. Allerdings bestehe die Erwartung, dass im Rahmen des Erarbeitungsverfahrens zusätzliche Klarheit geschaffen werde hinsichtlich der aus regionalplanerischer Sicht getroffenen Beurteilung der Ausnahmeregelung bezüglich der Kompensationsmaßnahmen.

**Herr Fehr** machte deutlich, dass weiterer Klärungsbedarf bestehe hinsichtlich der Arbeitsplatzentwicklung durch die Modernisierung sowie der Exportzahlen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung gehe nicht weit genug und es stelle sich die Frage, ob die Planungen im überwiegend öffentlichen Interesse stünden. Aufgrund dieses Sachverhaltes gebe es für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ganz klare rechtliche Vorbehalte gegen die Durchführung des Verfahrens. Somit werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zugestimmt.

**Herr Dr. Harengerd** führte aus, dass seitens der Umweltverbände ein Schreiben an die EU-Kommission gerichtet werde mit der Aufforderung, hier ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland anzustrengen. Dies werde wahrscheinlich dazu führen, dass die auch von Herrn Fehr angemahnte juristische Klärung dann zustande komme.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** machte deutlich, dass die Bezirksregierung das Verfahren ergebnisoffen durchführen werde.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 5/2012 bei zwei Gegenstimmen zu.

#### **TOP 6: Präsentation der Ergebnisse des Fördermittelcontrollings bei der Bezirksregierung Münster**

**Frau Regierungsvizepräsidentin** berichtete, dass die Bezirksregierung im Jahr 2008 / 2009 mit der Aufstellung eines Fördercontrollings begonnen habe und dem Regionalrat regelmäßig über die Verteilung der Fördergelder im Regierungsbezirk, speziell im Münsterland, berichtet habe. Herr David werde einen Rückblick auf das Jahr 2011 geben.

**Herr David** berichtete anhand von Folien\* über die regionale Verteilung des Fördervolumens in 2011, ging auf die Förderströme nach Geschäftsfeldern ein und stellte das Förder-Controlling detailliert am Beispiel der Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume dar.

\*Folien der PPP siehe Anlage 4 zur Niederschrift.

Der Regionalrat bedankte sich für den Vortrag.

#### **TOP 7: Städtebauförderung, Vorschlag zum Stadterneuerungsprogramm 2012 und Rückblick 2011**

**Herr Lange** erläuterte die Sitzungsvorlage und führte ergänzend aus, dass am 15.03. ein Einplanungsgespräch im Wirtschaftsministerium stattgefunden habe und das von der Bezirksregierung Münster aufgestellte Programm bestätigt worden sei. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung sei noch nicht abzusehen, wann mit der Umsetzung der Fördermaßnahmen begonnen werden könne.

**Herr Schemmer** bat angesichts der vorläufigen Haushaltsführung um Darlegung der möglichen Konsequenzen hinsichtlich der Zuweisung von Bundesmitteln sowie der Möglichkeiten, über vorzeitigen Maßnahmenbeginn gegenzusteuern.

**Frau Regierungsvizepräsidentin** berichtete, dass es aufgrund der aktuellen Haushaltssituation in allen Förderbereichen zu zeitlichen Verzögerungen kommen werde. Bezüglich der bereits im Sommer laufenden Projekte im Bereich "Ab in die Mitte" seien Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium und auch Finanzministerium eingeplant, um Möglichkeiten der Realisierung zu besprechen. Die Bezirksregierung werde sich wie auch in den Vorjahren dafür einsetzen, keine Mittel verfallen zu lassen.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 6/2012 einstimmig zu.

#### **TOP 8: Kunst- und Kulturförderung Projektförderung im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik 2012**

**Herr Weber** erläuterte die Sitzungsvorlage mit den vom Kulturrat priorisierten Projekten. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung müsse noch abgewartet werden, welche Projekte auch prioritär abgearbeitet werden könnten.

**Herr Streich** sprach an, dass im letzten Jahr verschiedene Kulturveranstaltungen aufgrund der fehlenden Haushaltsmittel nicht stattgefunden hätten und bat um eine Einschätzung hinsichtlich der Förderung von im ersten Halbjahr 2012 geplanten Veranstaltungen.

**Der Vorsitzende** bestätigte, dass vor Verabschiedung des Haushaltes nicht mit einer Zuweisung von Mitteln gerechnet werden könne. Somit könne nicht abgesehen werden, welche der priorisierten Projekte tatsächlich umgesetzt werden könnten.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 7/2012 zur Kenntnis.

**TOP 9: Förderprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau 2012 und Rückblick 2011**

Herr Hösel berichtete von der einvernehmlichen Zustimmung der Verkehrskommission zu den einzelnen Maßnahmen des vorliegenden Beschlussvorschlages. Auch in diesem Programm sei man durch die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung bei der Durchführung der einzelnen Projekte beeinträchtigt.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 8/2012 einstimmig zu.

**TOP 10: Förderprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau 2012, hier: Sonderprogramm (Sonderradwege und Öffentlichkeitsarbeit) und Rückblick auf 2011**

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 9/2012 einstimmig zu.

**TOP 11: entfällt**

**TOP 12: Förderung auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Rückblick 2011**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 11/2012 zur Kenntnis.

**TOP 13: Jahresrückblick über die wasserwirtschaftlichen Förderprogramme im Gewässerausbau im Jahr 2011**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 12/2012 zur Kenntnis.

**TOP 14: Zuwendungen für die Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten sowie für weitere Maßnahmen des Bodenschutzes Rückblick 2011**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 13/2012 zur Kenntnis.

**TOP 15: Stand der Erarbeitung des neuen Abfallwirtschaftsplanes**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 14/2012 zur Kenntnis.

**TOP 16: Jahresbericht 2011 zur ländlichen Entwicklung und Bodenordnung**

**Herr Lange** führte auf Nachfrage von **Herrn Fehr** aus, dass mit dem vorliegenden Jahresrückblick ein Gesamtüberblick gegeben und nicht auf einzelne Maßnahmen eingegangen werde. Bei Bedarf könne gerne weitere Auskunft gegeben werden.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 15/2012 zur Kenntnis.

**TOP 17: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Fracking**

**Herr Regierungspräsident** erläuterte die Sitzungsvorlage und machte deutlich, dass vor Erstellung des vom Land beauftragten Gutachtens mit einer Risikostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten keine Entscheidungen bezüglich beantragter Probebohrungen getroffen würden.

**Herr Ballenthin** machte deutlich, dass immer davon ausgegangen worden sei, zunächst die Ergebnisse des vom Land beauftragten Gutachtens abzuwarten und dann im Regionalrat zu thematisieren und weiter zu beraten. Daher sei er etwas überrascht von dem kurzfristig vorgelegten Antrag.

**Herr Daldrup** bat um Verständnis für die kurzfristige Vorlage des Antrages. Dies sei vor dem Hintergrund der derzeitigen Diskussion und Situation geschehen, um die Position des Regionalrates klar darzustellen. Eine von allen Fraktionen gemeinsam verabschiedete Resolution würde das Anliegen für die Region sehr unterstützen.

**Herr Schemmer** stimmte zu, dass es sicherlich sinnvoll sei, eine gemeinsame Resolution zu beschließen, die an die Landes- und Bundesregierung gerichtete werden sollte. Der 2. Satz des vorgeschlagenen Resolutionstextes sollte dahingehend geändert werden. Die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

**Herr Daldrup** führte aus, dass er mit dem Änderungsvorschlag einverstanden sei.

**Herr Streich** machte deutlich, dass die FDP-Fraktion dem vorliegenden Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen werde.

**Herr Dr. Hülsdünker** führte aus, dass die Gewerkschaften im Münsterland sich gegen eine Gefährdung durch Frackingverfahren ausgesprochen hätten und diesem Verfahren erst nach Ausschluss aller Restrisiken zustimmen würden. Sehr begrüßenswert sei die überparteilich münsterlandbezogene Positionierung des Regionalrates in dieser Thematik.

Angesichts der auch aus Niedersachsen vorliegenden Berichte über die umweltbezogenen wasserwirtschaftlichen Folgewirkungen von Frackingverfahren schlage er vor, in die Resolution aufzunehmen, dass Schadensberichte über Frackingverfahren systematisch erfasst und ausgewertet werden sollten.

**Herr Regierungspräsident** befürwortete den Vorschlag von Herrn Dr. Hülsdünker. Allerdings könne die Bezirksregierung Münster diesen Vorschlag nicht aufgreifen, hier sei entweder die Landesregierung oder die bergrechtlich zuständige Bezirksregierung Arnsberg der richtige Ansprechpartner.

**Dr. Harengerd** führte aus, dass hier das Bundesumweltministerium bzw. das Umweltbundesamt die richtige Stelle sei bzw. auf Landesebene das LANUV.

Der Regionalrat stimmte dem mit Tischvorlage ausgelegten Beschlussvorschlag für eine Resolution des Regionalrates Münster mit Änderungen zu Punkt 2 und Ergänzung um Punkt 3 einstimmig wie folgt zu:

"1. Der Regionalrat Münster lehnt unkonventionelle Erdgasförderung ab, solange die mit dem Fracking-Verfahren verbundenen möglichen Gefährdungen für Mensch und Umwelt nicht ausreichend erforscht sind und solange diese Gefahren nicht ausgeschlossen werden können.

2. Die Landes- und Bundesregierung werden aufgefordert, den Schutz der Menschen und der Umwelt vor möglichen Gefahren durch unkonventionelle Erdgasförderung zu gewährleisten.

3. Schadensberichte über Frackingverfahren sollten systematisch erfasst und ausgewertet werden.

#### Begründung:

Bislang sind die Risiken, die durch unkonventionelle Erdgasförderung entstehen, nicht ausreichend geklärt. Zu den Stoffen, die in den Untergrund gepresst werden, gehören Chemikalien der höchsten Gewässergefährdungsstufe. Eine Verunreinigung des Trinkwassers ist demnach nicht auszuschließen. Auch Erschütterungen des Bodens stellen ein erhebliches Risiko dar. Ein weiteres Problem liegt in der Lagerung der Frack-Flüssigkeit, die an die Oberfläche zurück gelangt, mit Blick auf mögliche Starkregenfälle.

Diese Risiken müssen transparent, unter Beteiligung der Öffentlichkeit erforscht werden. Das nordrhein-westfälische Umweltministerium hat im vergangenen Jahr den Auftrag für ein Gutachten ausgeschrieben, das die möglichen Risiken darstellen soll. Die Erforschung der Risiken und die Debatte über die Ergebnisse müssen gründlich und ohne Zeitdruck erfolgen. Solange die möglichen Auswirkungen auf Mensch und Natur unkalkulierbar sind, ist es nicht verantwortbar, dass die Fracking-Methode angewendet wird.

Zur Verunsicherung der Bevölkerung tragen zahlreiche Berichte über missglückte Fracking-Versuche bei. In diesem Zusammenhang ist auch zu problematisieren, dass das deutsche Bergrecht bislang keine zwingende Umweltverträglichkeitsprüfung vorsieht. Der Gesetzgeber muss daher das Bergrecht so verändern, dass der Umweltschutz und die Sicherung der Wasserqualität gewährleistet werden."

Anmerkung der Geschäftsstelle:

Die Resolution wurde Frau Ministerin Ilse Aigner, Herrn Minister Philipp Rösler, Herrn Minister Norbert Röttgen, Herrn Minister Johannes Remmel, Herrn Minister Kurt Voigtsberger sowie den Mitgliedern des Bundestages aus dem Münsterland übersandt.

**TOP 18:      Verschiedenes**

**a) Wahl eines ordentlichen Mitgliedes der Verkehrskommission und der Planungskommission Münsterland sowie eines stellvertretenden Mitgliedes der Strukturkommission (CDU-Fraktion)**

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 16/2012 einstimmig zu.

**b) "Handlungsleitlinie zur CO2-Reduzierung im Münsterland"  
- Ziele und Bearbeitungsinhalte der in Auftrag gegebenen Studie**

**Frau Regierungsvizepräsidentin** berichtete, dass die Bezirksregierung resultierend auf den Ergebnissen der im letzten Jahr zum Thema erneuerbare Energien gegründete Arbeitsgruppe eine Studie an die Fachhochschule Steinfurt in Auftrag gegeben habe. Die zu erarbeitende Handlungsleitlinie zur CO2-Reduzierung im Münsterland solle dann bei der Erarbeitung des Teilkapitels Energie des Regionalplanes Münsterland mit herangezogen werden. Diese Studie werde bis September 2012 fertiggestellt und werde dann von der Fachhochschule Steinfurt dem Regionalrat vorgestellt.

Der Regionalrat bedankte sich für die mündliche Information.

**c) Erdgasbohrungen im Münsterland, Informationen zum Thema Fracking**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 23/2012 zur Kenntnis.

**d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.02.2012  
Aktueller Sachstand für das Planfeststellungsverfahren der 380-  
kV-Höchstspannungsleitung Wesel-Meppen**

**Herr Hösel** erläuterte die Sitzungsvorlage und wies darauf hin, dass die Bezirksregierung für den insbesondere hier interessierenden Bereich der 3,5 km im Bereich Raesfeld Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde sei. Angesichts der vielen in diesem Pilotprojekt zu berücksichtigenden Gesichtspunkte werde die Bezirksregierung dieses Verfahren trotz des bestehenden Zeitdrucks mit größter Sorgfalt bearbeiten.

Auf Nachfrage von **Herrn Ballenthin** berichtete **Herr Hösel**, dass z.Zt. noch nicht gesagt werden könne, wie viele Einwendungen eingegangen seien.

**Herr Fehr** bedankte sich für die Beantwortung der Anfrage und bat um Berichterstattung über die weiteren Fortschritte im Verfahren.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 24/2012 zur Kenntnis.

**e) Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der  
Verkehrskommission (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 25/2012 einstimmig zu.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 12.25 Uhr.



Der Vorsitzende

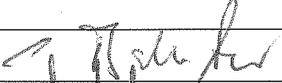
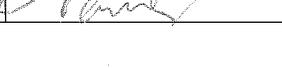
Stellvertreter

Protokollführer

**Anwesenheitsliste**  
**für die Sitzung des Regionalrates Münster**  
**am 19. März 2012**

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.25 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		x	
Weber, Stefan		x	
Daldrup, Bernhard		x	
Tanjsek, Gerti		x	
Fehr, Helmut			
Schulze Esking, Werner		x	
Gutsche, Guido		x	
Stremlau, Lisa			
Nospickel, Ansgar			x
Kösters, Karl		x	
Paulsen, Friedrich			
Schemmer MdL, Bernhard		x	
Gerhardy, Martin		x	
Rauen, Engelbert		x	
Reiter, Udo			
Streich, Hans-Jürgen		x	
Tarner, Hedwig			

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Eiling, Hermann	<i>Eiling</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich			
Dr. Harengerd, Michael	<i>Harengerd</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Dr. Hülsdünker, Josef	<i>Hülsdünker</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Lammers, Marianne	<i>M. Lammers</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Leuteritz, Erika			
Hemsing, Andreas	<i>Hemsing</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Rittermeier, Heinz			
Schmal, Ferdi	<i>Schmal</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dieter Gebhard	<i>Dieter Gebhard</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Oberbürgermeister Münster			
Landrat Borken	<i>Landrat Borken</i>		
Landrat Coesfeld	<i>Landrat Coesfeld</i>		
Landrat Steinfurt	<i>Landrat Steinfurt</i>		
Landrat Warendorf	<i>Landrat Warendorf</i>		





## Entwicklung der quantitativen und qualitativen Neubaunachfrage auf den Wohnungsmärkten in NRW bis 2030

### **Gutachten der empirica ag**

im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr  
in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK

### **Reiner Daams**

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, Referat VIII.3

Vortrag im Regionalrat Münster (19.03.2012)



# Gliederung

---

## □ Methodik

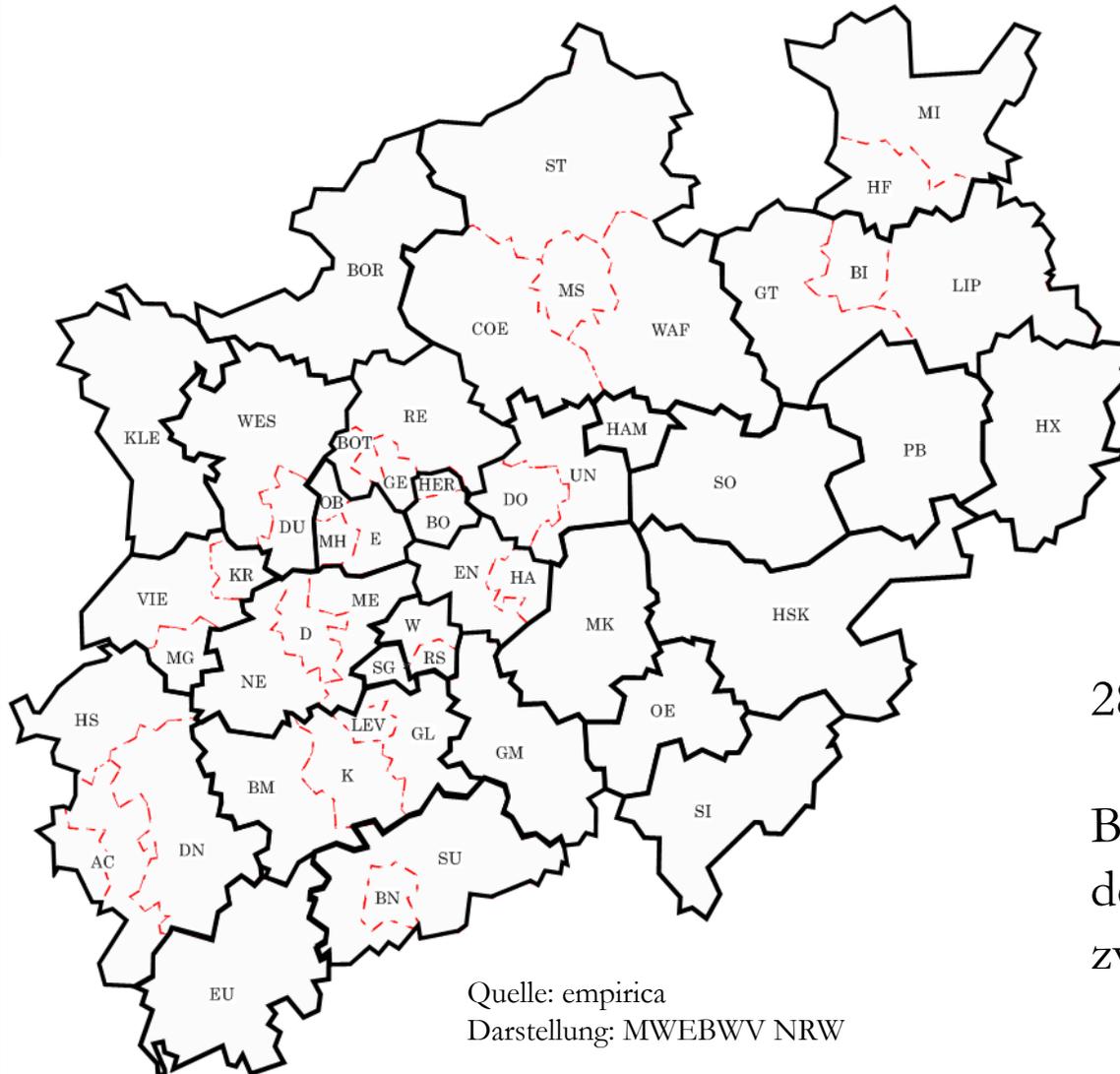
- Regionale Wohnungsmärkte
- Demografische und qualitative Neubaunachfrage

## □ Ergebnisse

- Neubaunachfrage und Wohnungsüberhänge in den Wohnungsmarktregionen Münsterland und Borken
- Entwicklung auf dem Teilmarkt Ein- und Zweifamilienhäuser
- Entwicklung auf dem Teilmarkt Mehrfamilienhäuser
- Zusammenfassung der Teilmärkte
- Fazit und Schlussfolgerungen



# Wohnungsmarktregionen in NRW



28 Wohnungsmarktregionen

Bestimmung durch Intensität  
der Wanderungsverflechtungen  
zwischen den Kreisen



## demografisch bedingte Wohnungsneubaunachfrage

---

- Wachstum der Anzahl der Haushalte = demografische Neubaunachfrage
- Schrumpfung oder Stagnation =  
kein demografische Neubaunachfrage
- Ein- und Zweifamilienhäuser berechnet nach Alterskohorten (Annahme:  
Anteil der Alterskohorte, die in EZFH wohnen, steigt bei den  
nachrückenden Alterskohorten alle 5 Jahre um 0,5 %)



## qualitativ bedingte Wohnungsneubaunachfrage

---

- ❑ qualitativ bedingte Neubaunachfrage = die Nachfrage, die die demografische Nachfrage übersteigt
- ❑ qualitativ bedingte Neubaunachfrage führt 1:1 zu zusätzlichen qualitativ bedingten Wohnungsüberhängen

Bedingungen, die zu höherer qualitativer Neubaunachfrage führen:

- keine oder niedrige demografische Nachfrage
- niedriger Geschosswohnungsanteil
- niedriges Mietniveau bei älteren Wohnungen
- hohes Mietniveau bei neuen Wohnungen
- hoher Altbauanteil
- hoher Anteil an Wohnungen aus den 50er bis 70er



## Ergebnisse in Zahlen: Neubaunachfrage bis 2030 in NRW (Basismodell)

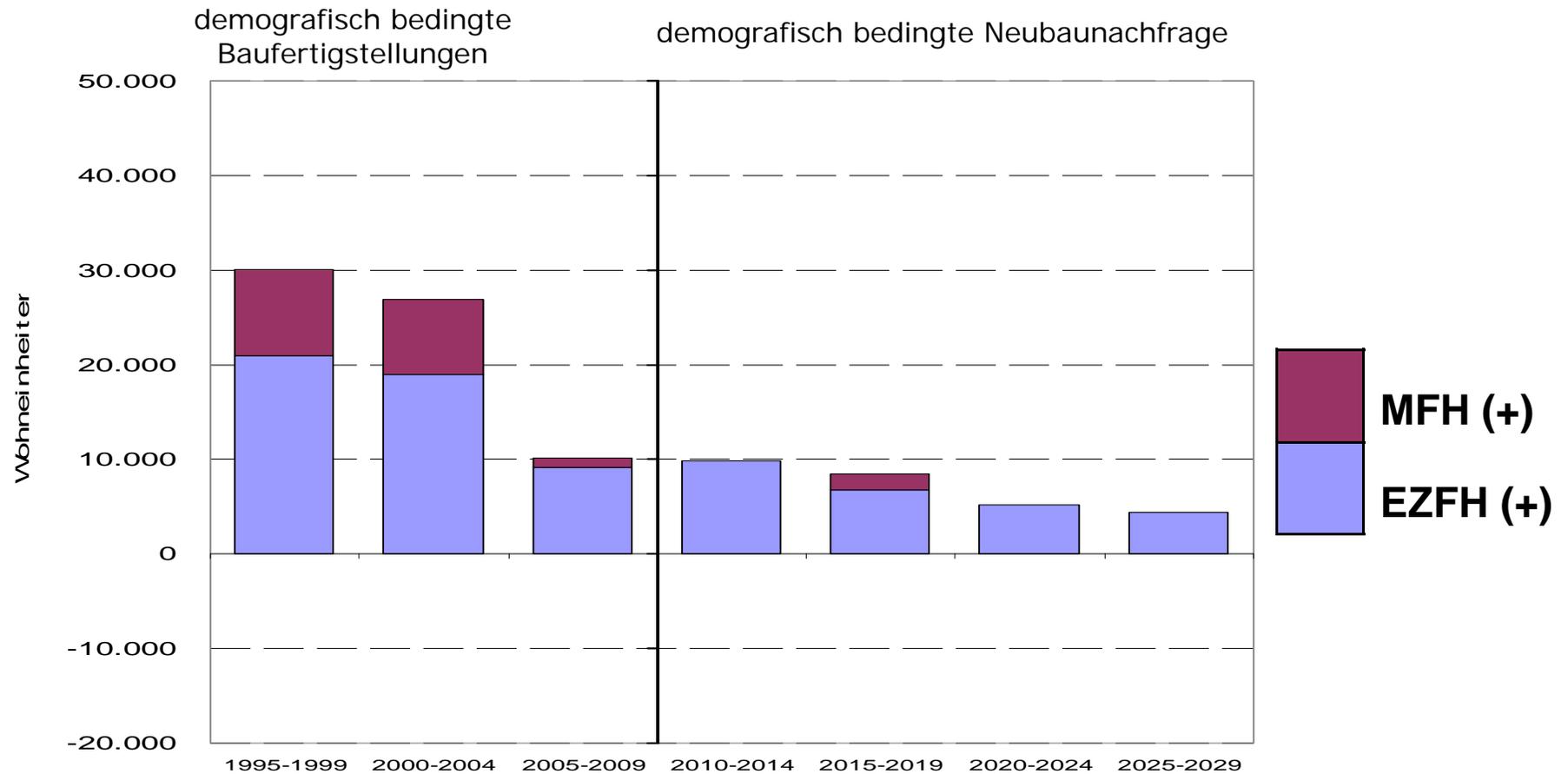
---

<b>2010 bis 2030</b>	<b>NRW</b>	<b>wachsende Regionen</b>	<b>schrumpf. Regionen</b>
<b>Haushalte (in 1.000)</b>	<b>+ 120</b>	<b>+ 270</b>	<b>-160</b>
<b>Neubaunachfrage (in 1.000 WE)</b>	<b>710</b>	<b>390</b>	<b>330</b>
<b>Wohnungsüberhänge (in 1.000 WE)</b>	<b>+ 600</b>	<b>+ 140</b>	<b>+ 460</b>



## demografisch bedingte Neubaunachfrage

### Region Münster (KS Münster, LK'e Coesfeld, Steinfurt, Warendorf)

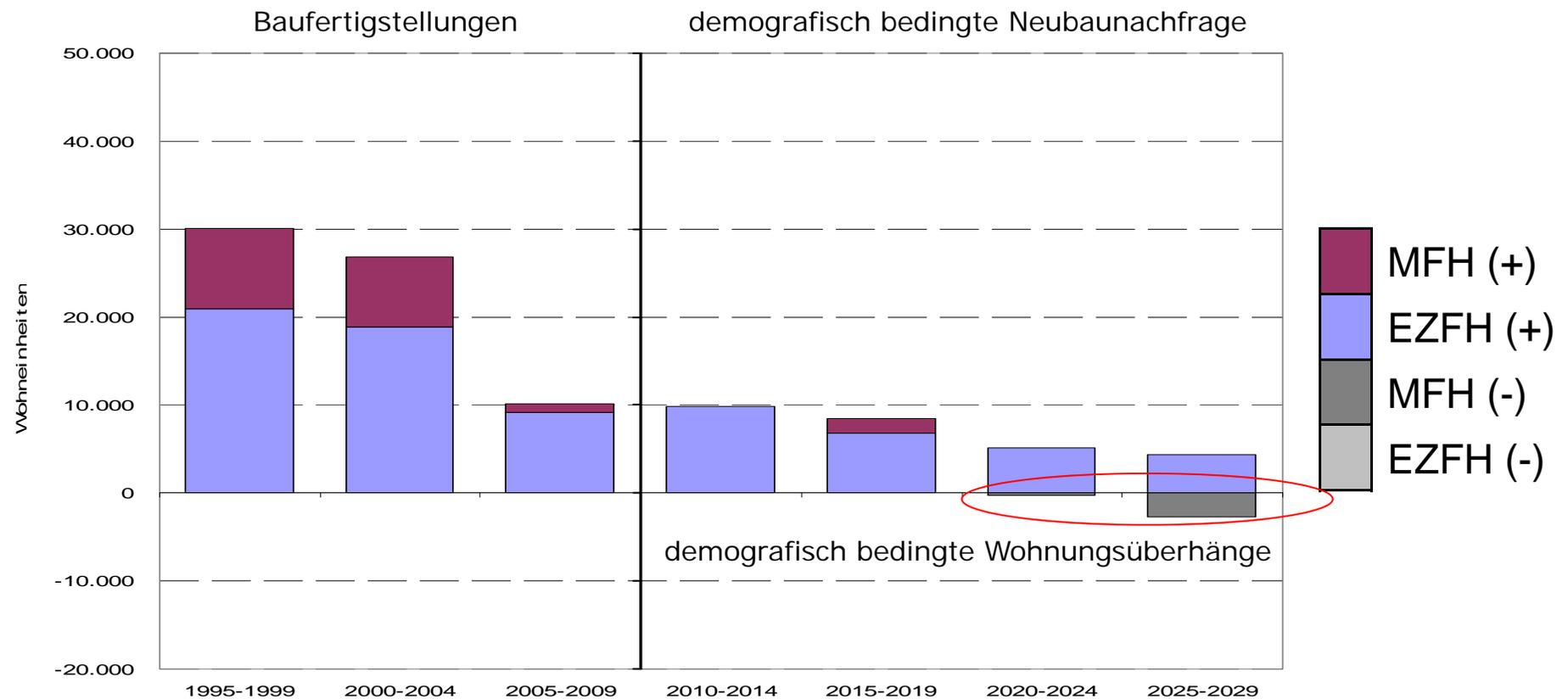


→ Zukünftig weiterhin eine demografisch bedingte Neubaunachfrage vorhanden



## Neubaunachfrage und Wohnungsüberhänge demografisch bedingt

Region Münster (KS Münster, LK'e Coesfeld, Steinfurt, Warendorf)



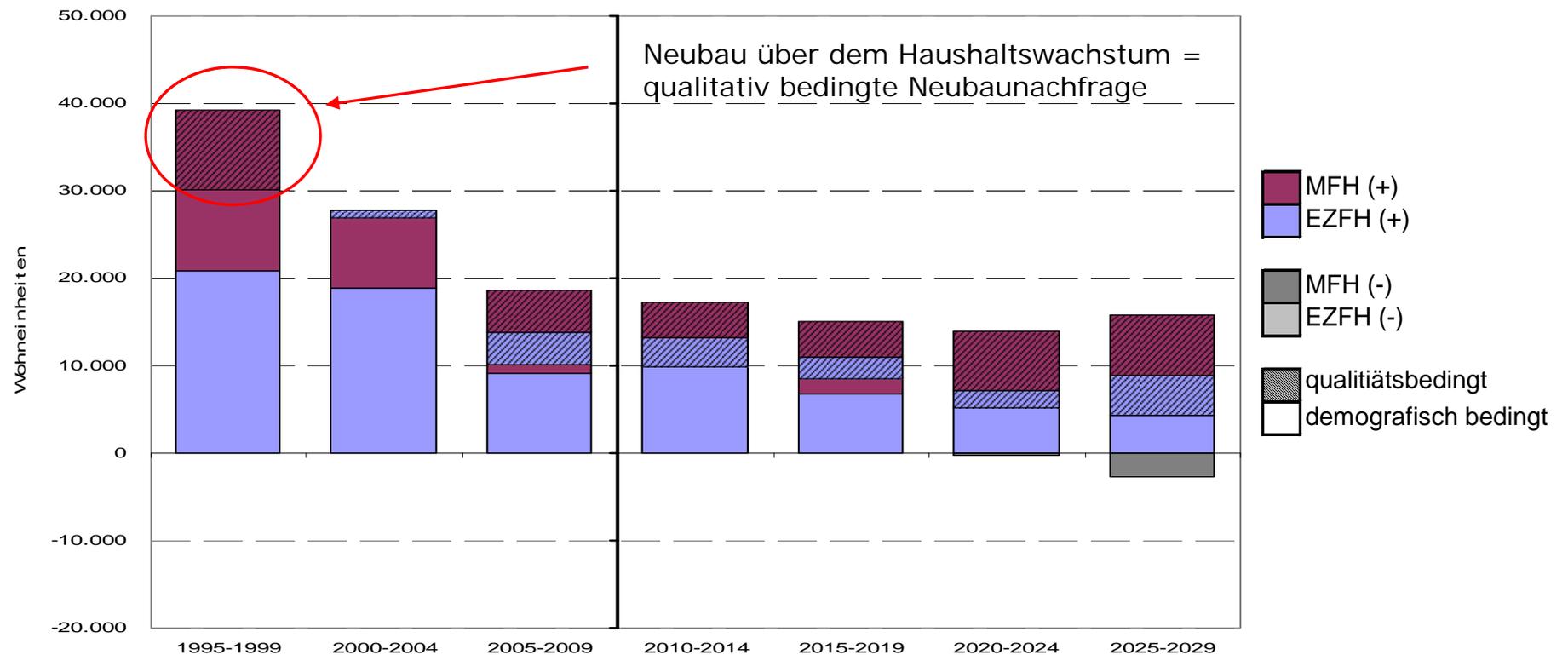
→ und nur geringe demografisch bedingte Wohnungsüberhänge MFH



## demografisch und qualitativ bedingte Neubaunachfrage

### Region Münster (KS Münster, LK'e Coesfeld, Steinfurt, Warendorf)

Baufertigstellungen



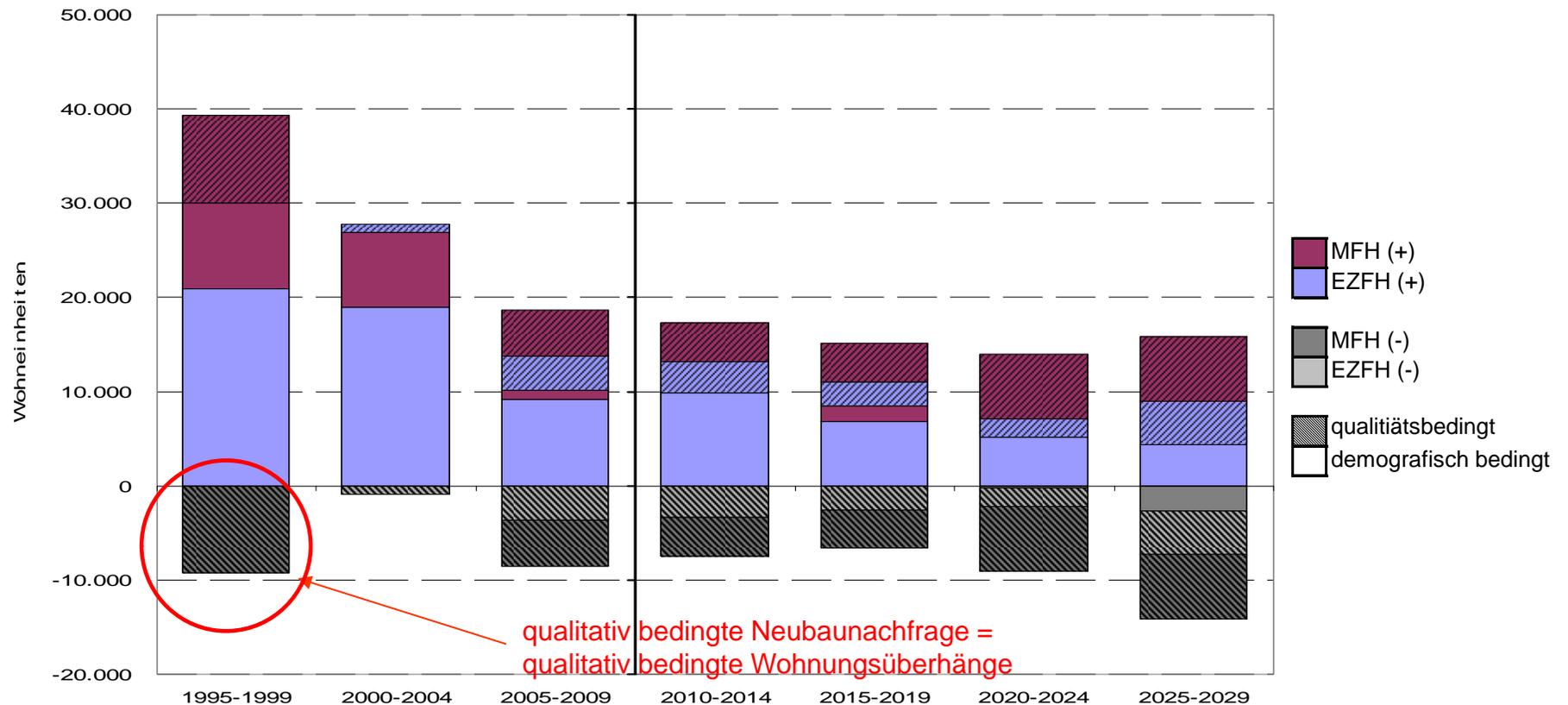
→ Zukünftige Nachfrage EZFH qualitativ und demografisch bedingt

→ Zukünftige Nachfrage MFH überwiegend qualitativ bedingt



## Neubaunachfrage und Wohnungsüberhänge

### Region Münster (KS Münster, LK'e Coesfeld, Steinfurt, Warendorf)



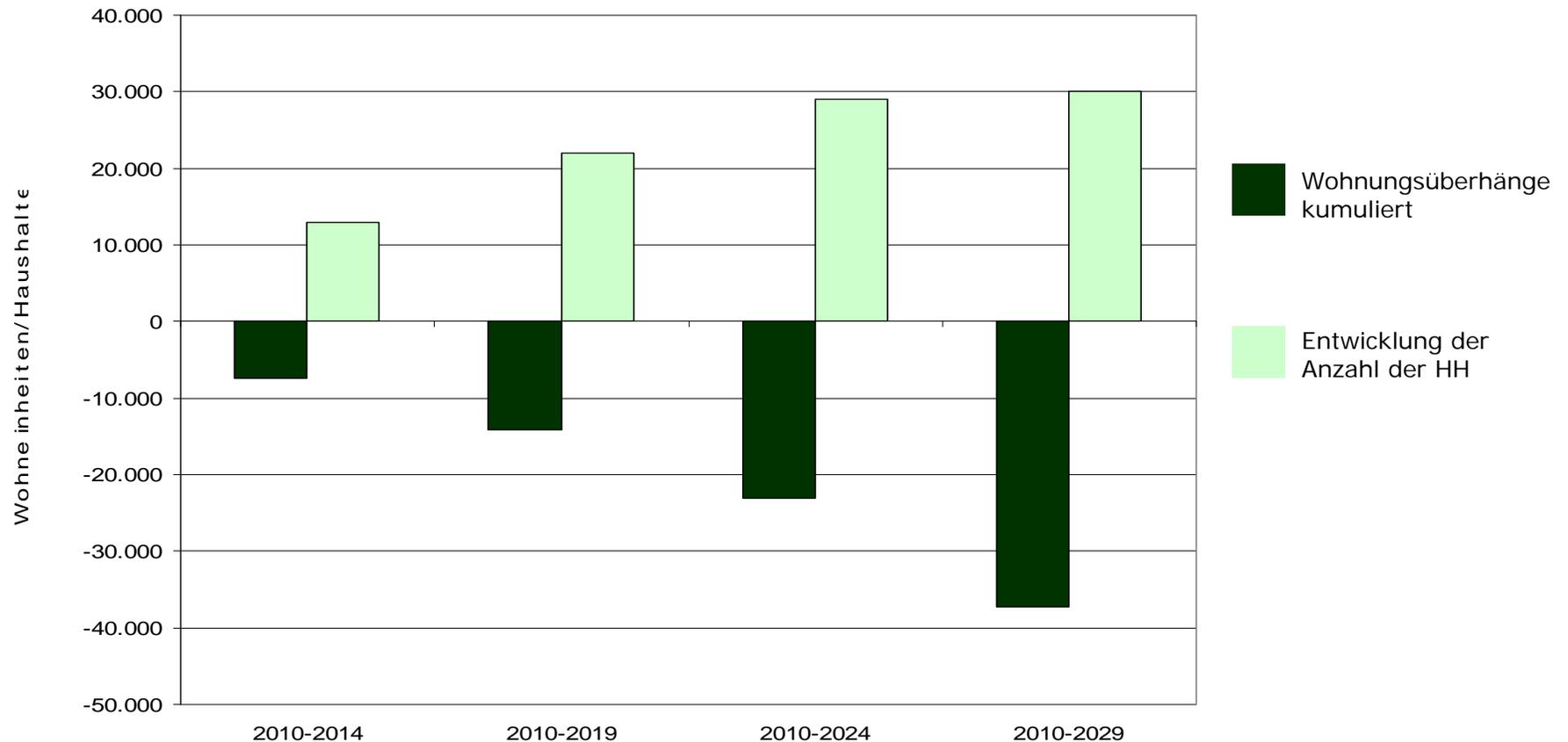
→ Neubau über der demografischen Nachfrage führt 1:1 zu zusätzlichen qualitätsbedingten Wohnungsüberhängen

→ Wohnungsüberhänge überwiegend qualitätsbedingt



## Haushalteentwicklung und kumulierte Wohnungsüberhänge

### Region Münster (LK Münster, LK'e Coesfeld, Steinfurt, Warendorf)

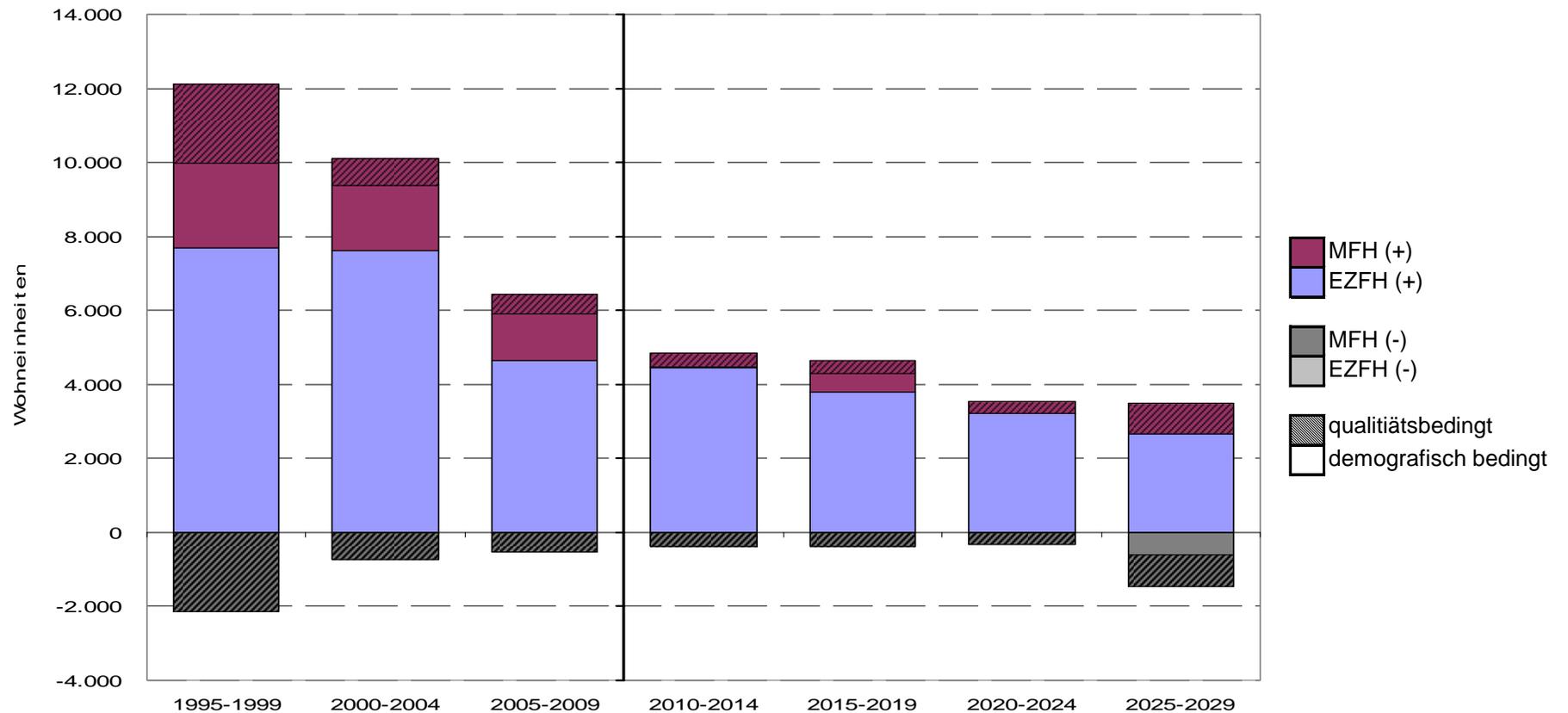


→ wachsende Wohnungsüberhänge trotz steigender Anzahl der Haushalte



# Neubaunachfrage und Wohnungsüberhänge

## Region Borken (LK)

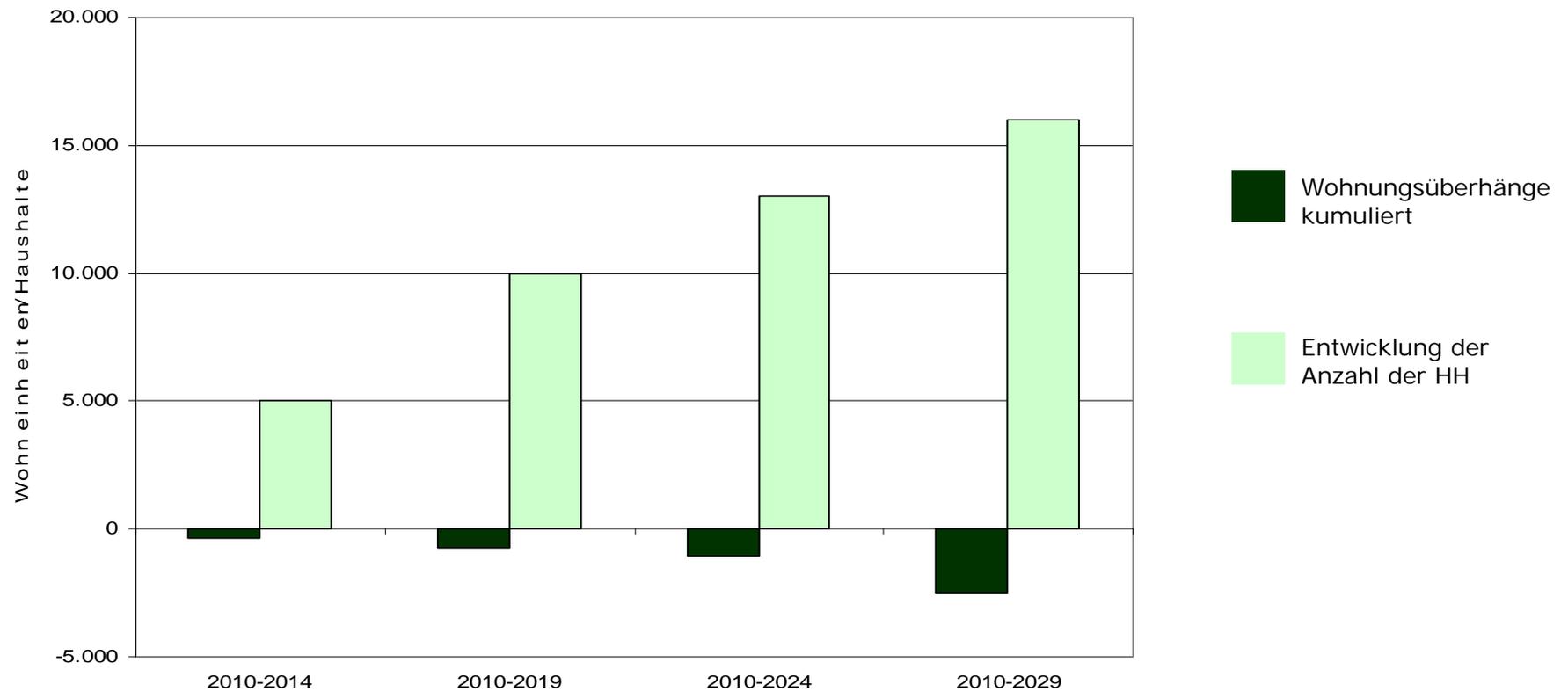


→ leicht rückläufige EZFH-Neubaunachfrage, geringe demografische wie auch qualitätsbedingte Überhänge bei MFH



# Haushalteentwicklung und kumulierte Wohnungsüberhänge

## Region Borken (LK)

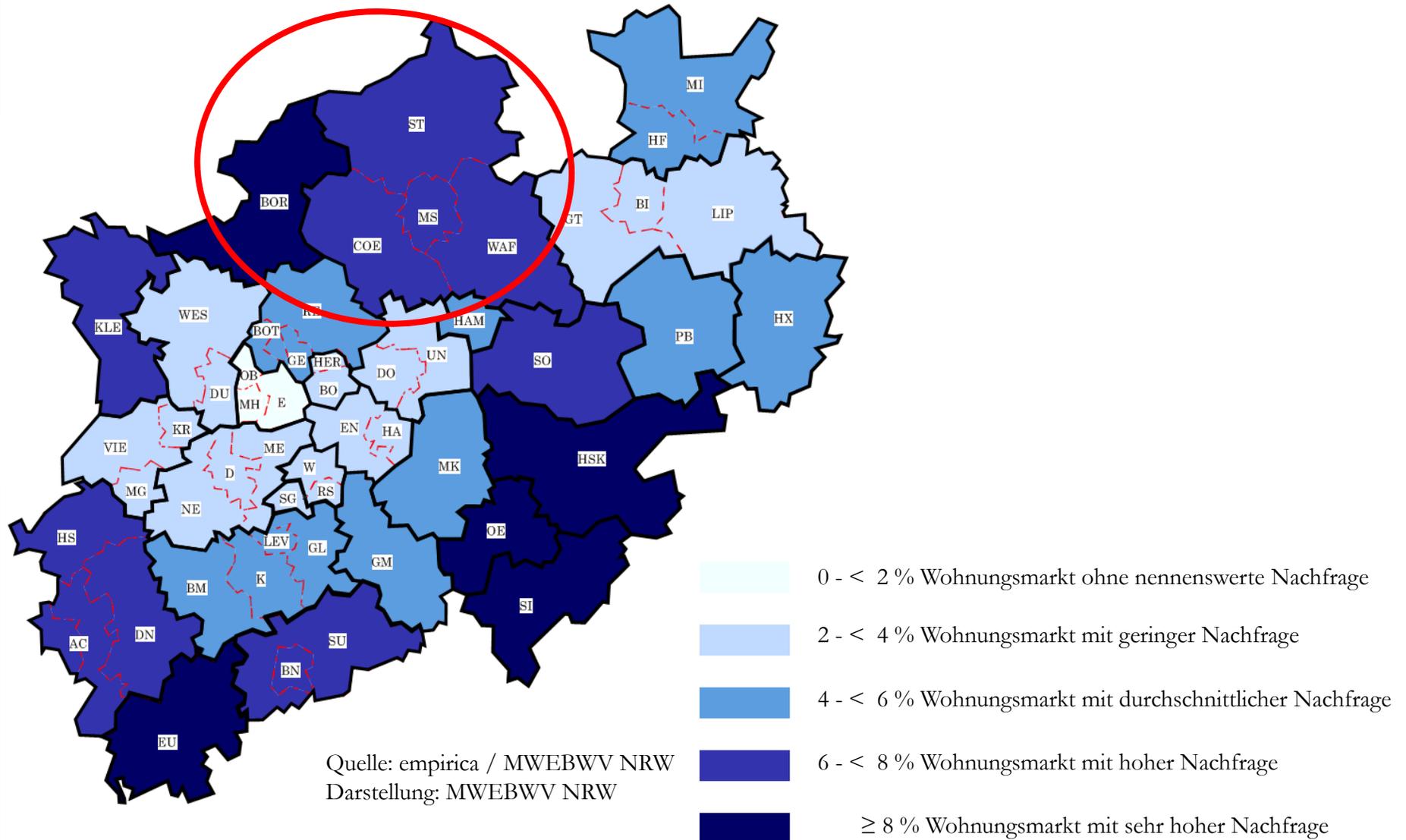


→ Wohnungsüberhänge fallen im Verhältnis zur Haushalteentwicklung sehr gering aus



## Neubaunachfrageintensität Ein- und Zweifamilienhäuser

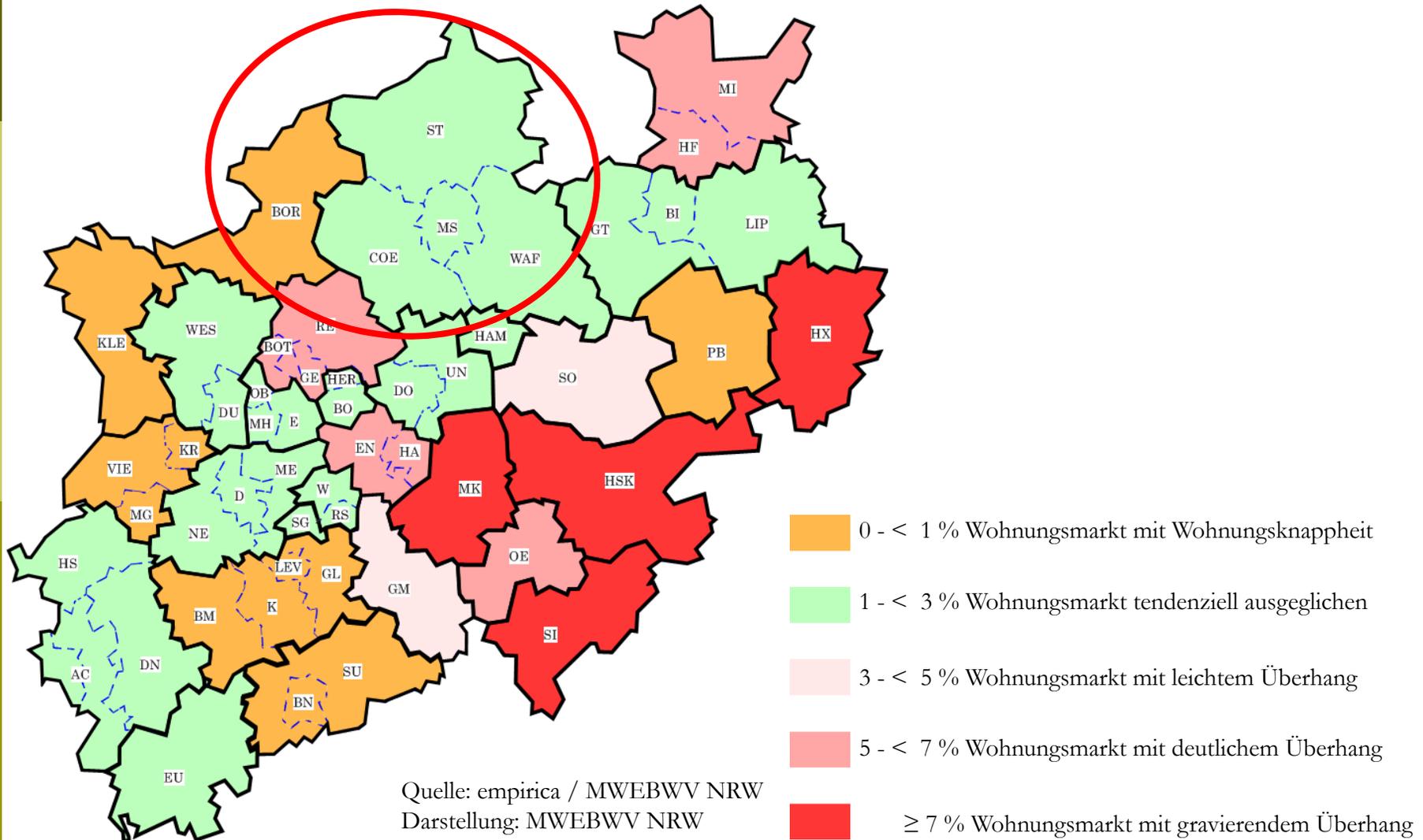
(Verhältnis der Neubaunachfrage EZFH 2010-2029 zur Anzahl der Haushalte 2008 in %)





## Intensität neuer Wohnungsüberhänge in Ein- und Zweifamilienhäusern 2030

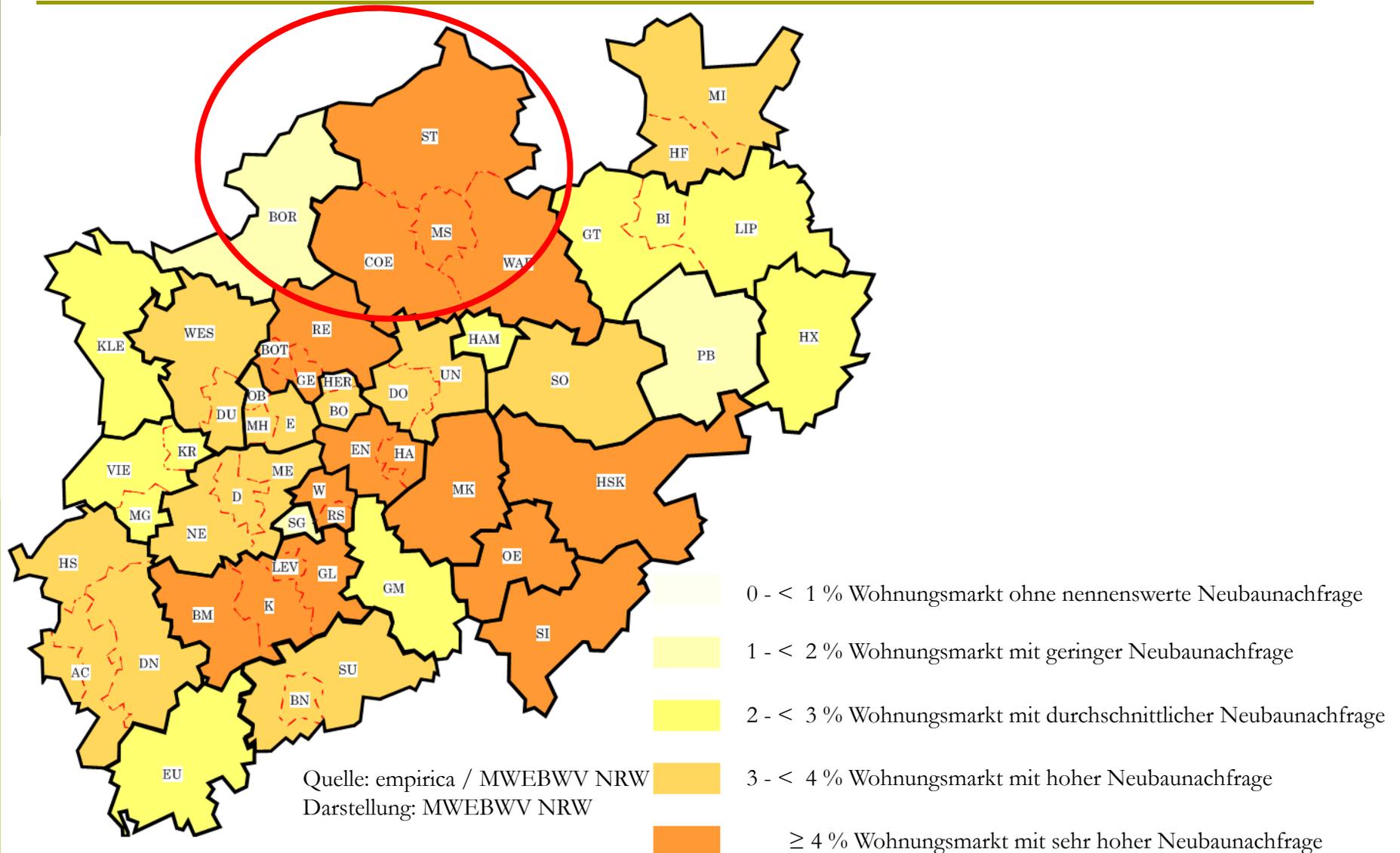
(Zusätzlicher Wohnungsüberhang EZFH 2010 - 2029 im Verhältnis zur Anzahl HH 2030 in Prozent)





## Neubaunachfrageintensität in MFH

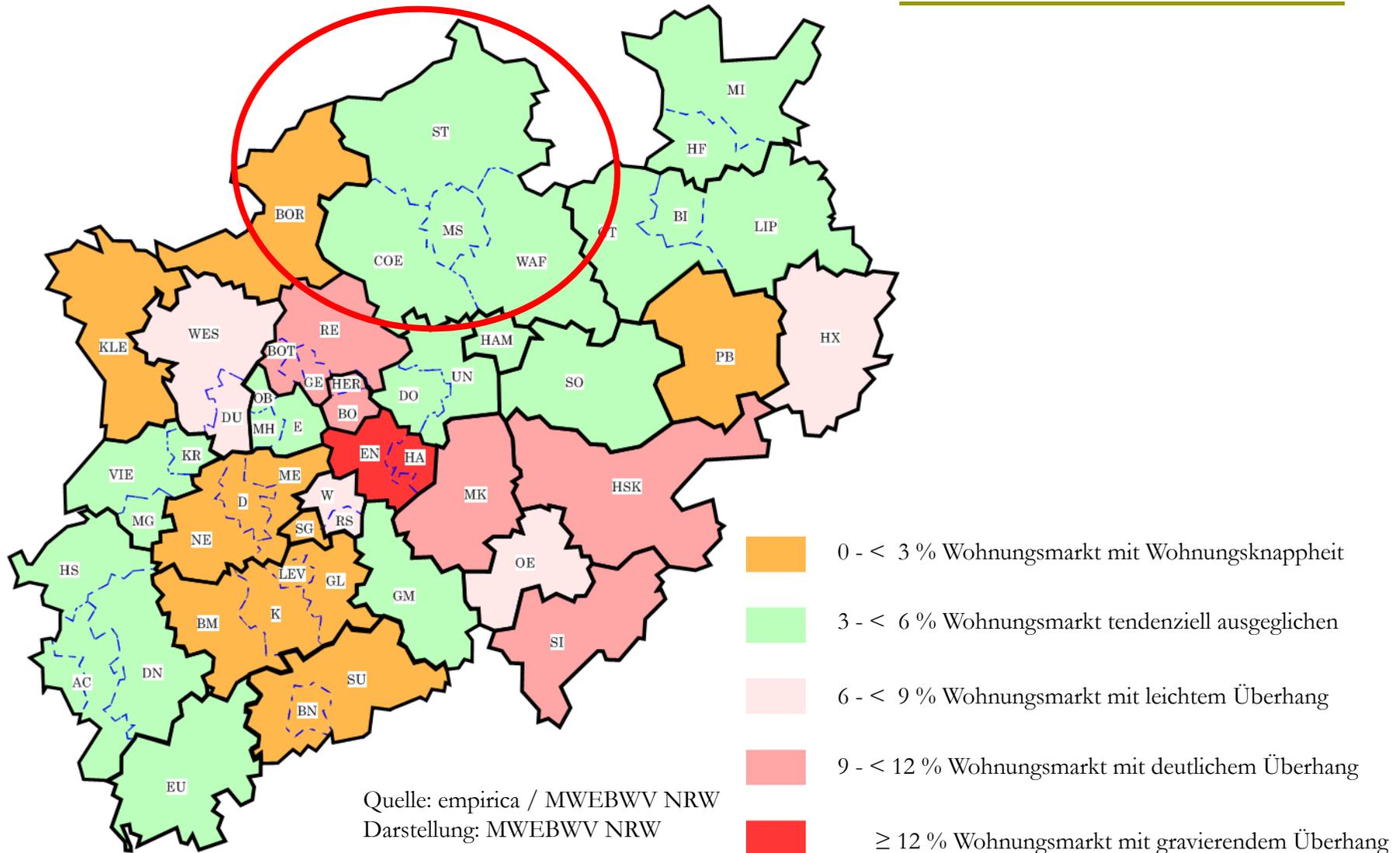
(Verhältnis Neubaunachfrage MFH 2010-2029 zur Anzahl der Haushalte 2008 in %)





## Intensität neuer Wohnungsüberhänge in Mehrfamilienhäusern 2030

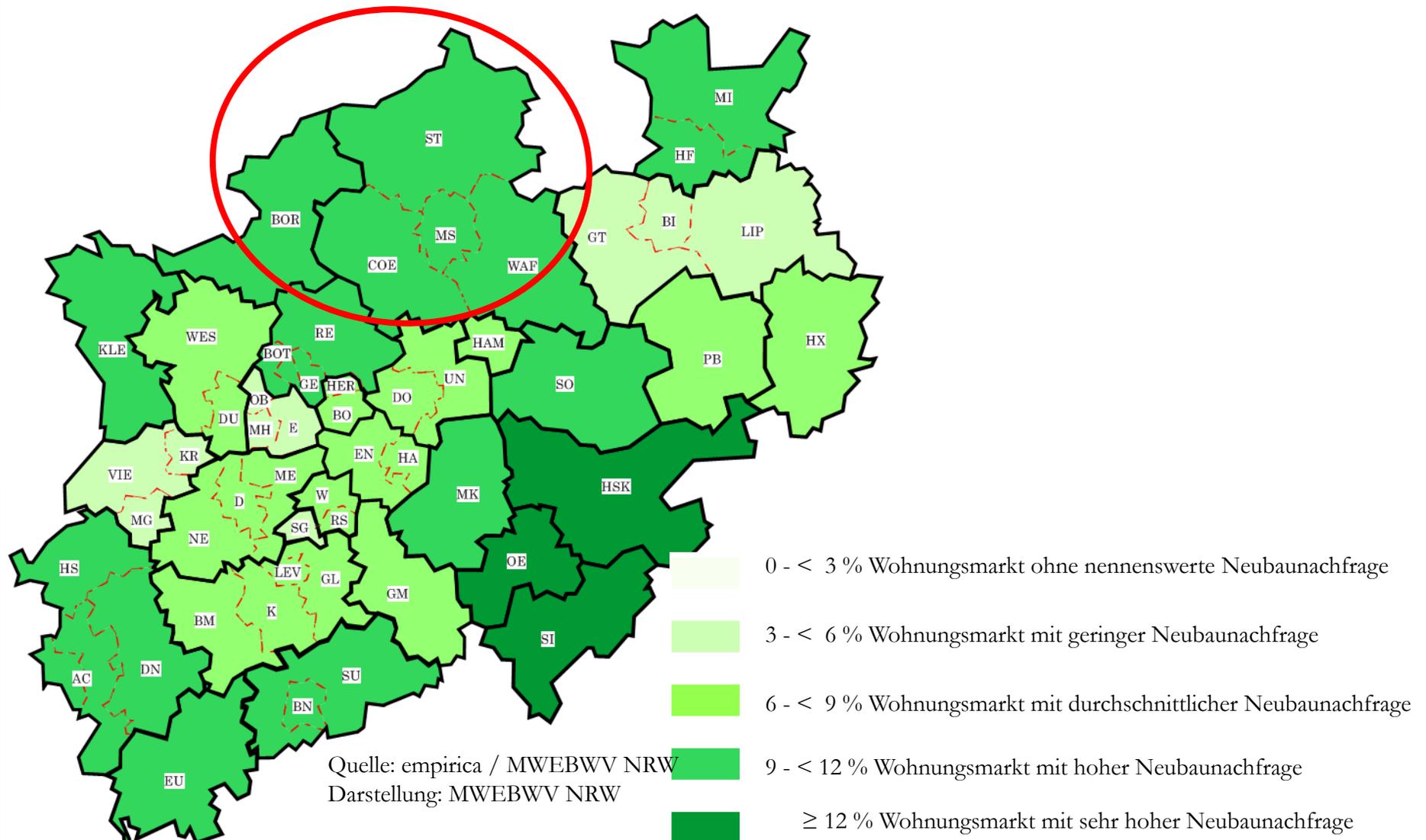
(Zusätzlicher Wohnungsüberhang MFH 2010 - 2029 im Verhältnis zur Anzahl HH 2030 in Prozent)





## Neubaunachfrageintensität nach Wohnungen insgesamt

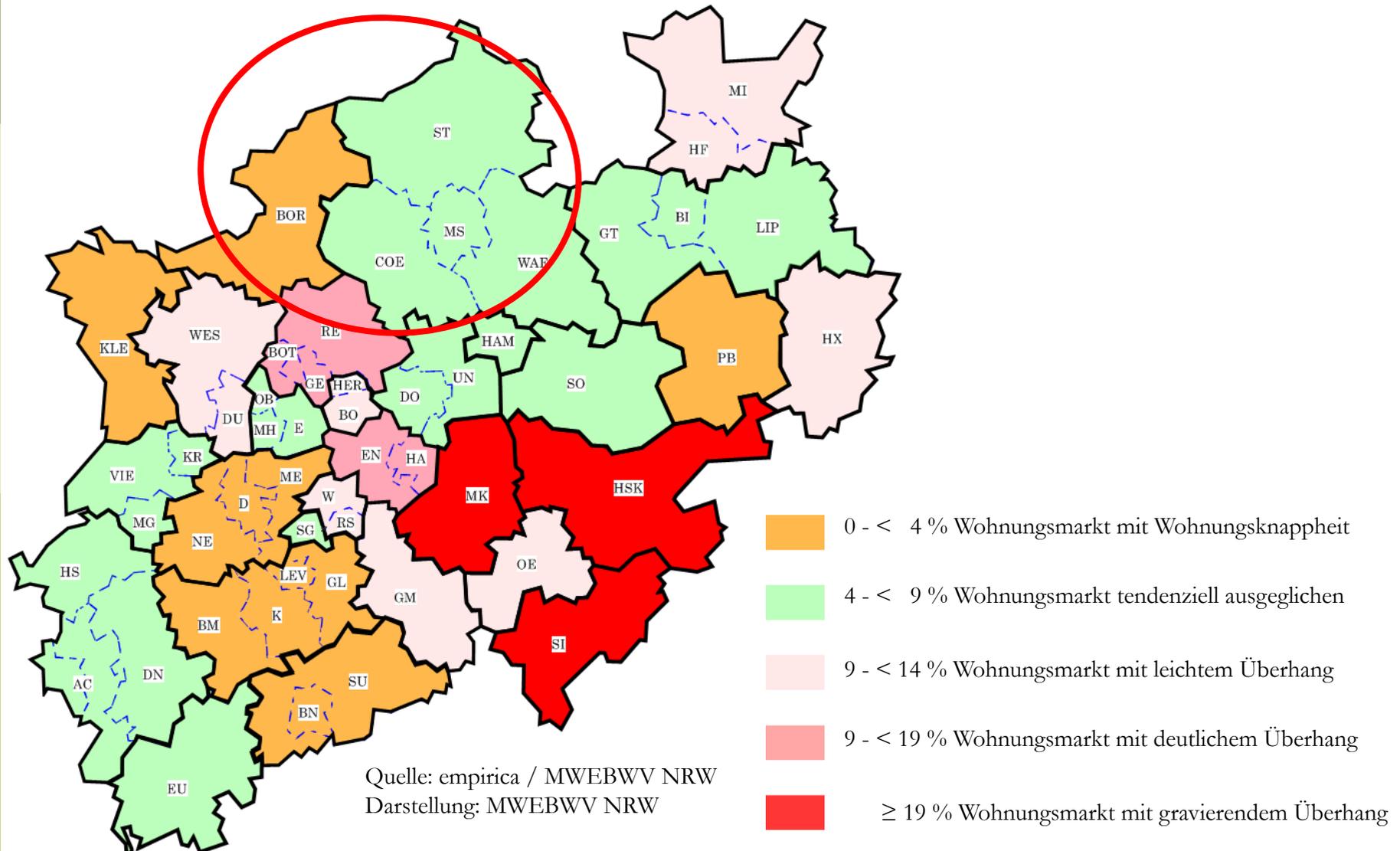
(Verhältnis Neubaunachfrage EZFH + MFH 2010-2029 zur Anzahl der Haushalte 2008 in %)





## Intensität neuer Wohnungsüberhänge 2030

(Zusätzlicher Wohnungsüberhang 2010 - 2029 im Verhältnis zur Anzahl HH 2030 in Prozent)





## Fazit

---

- ❑ Die Neubaunachfrage in NRW liegt insgesamt durchschnittlich bei rund 36.000 WE p. a..
- ❑ Die demografisch bedingte Neubaunachfrage bis 2030 liegt in NRW insgesamt bei 300.000 WE, davon 215.000 WE bis 2020. In der zweiten Dekade halbiert sich also die demografisch bedingte Neubaunachfrage.
- ❑ Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen entsteht in NRW bis 2030 ein zusätzlicher nicht mehr nachgefragter Wohnungsbestand von rund 600.000 Wohnungen.
- ❑ Von diesem massiven Überhang werden die Regionen Münster und Borken im Betrachtungszeitraum noch nicht betroffen sein. 2030 werden hier voraussichtlich im Kreis Borken nur rund 2 % bzw. im Münsterland rund 6 % des heutigen bewohnten Wohnungsbestandes nicht mehr nachgefragt werden.



## Schlussfolgerungen

---

- Die Relevanz kommunaler wohnungspolitischer Handlungskonzepte nimmt zu. Dabei werden regionale Aspekte immer wichtiger.
- In Wachstumsregionen bleibt die Sicherstellung eines bezahlbaren Wohnungsangebots für Haushalte mit kleinen Einkommen Aufgabe der kommunalen und staatlichen Wohnungspolitik.
- In stagnierenden und besonders in schrumpfenden Regionen steht die Vermeidung sozialer Segregation im Vordergrund der Städtebau- und Wohnungspolitik. Dabei wird die Bedeutung der Vermeidung von zusätzlichen Wohnungsüberhängen und der Beseitigung von dauerhaftem Leerstand erheblich zunehmen.



## Hinweise für das Münsterland und den Kreis Borken

---

- ❑ Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit kleinen Einkommen gewinnt an Bedeutung.
- ❑ Altengerechter Wohnraum und wohnungsbezogener Serviceinfrastruktur bis hin zu ambulanten Pflege (Servicewohnen) werden vor allem in den ländlichen Gebieten sowohl im Neubau und als auch im Bestand zunehmend nachgefragt.
- ❑ Bei der Baulandpolitik sollte sich der Fokus auf die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden richten, denn die Entwicklung, die heute Südwestfalen prägt, kommt auch auf das Münsterland zu – nur 20 Jahre später.



---

## Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Das vollständige Gutachten finden Sie hier:

<http://www.mbv.nrw.de/Service/Downloads/Wohnen>

Kontakt:

Reiner Daams

T: 0211 – 3843.4234

Mail: [reiner.daams@mwebwv.nrw.de](mailto:reiner.daams@mwebwv.nrw.de)



# **Aktueller raumordnungsrechtlicher Rahmen für die Planung von Gebieten für großflächigen Einzelhandel**



## Relevanz der verschiedenen Erfordernisse der Raumordnung

### § 24a LEPro

- nach Ochtrup-Urteil kein Ziel, aber abwägungsrelevant
- LEPro am 31.12.2011 außer Kraft getreten

### Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans

- Frühjahr 2012, dann Ziele in Aufstellung (abwägungsrelevant)

### Regionalplan für das Münsterland 1998/1999

- Grundsätze (abwägungsrelevant)
- gilt bis Inkrafttreten des neuen Regionalplans

### Entwurf der Regionalplanfortschreibung

- Ziele in Aufstellung (abwägungsrelevant)

### Allgemeine Grundsätze der Raumordnung in § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG

- Grundsätze (abwägungsrelevant)



## Regionalplanerische Einzelhandelssteuerung ist trotz Fortfalls des LEPro eingeschränkt möglich

- Schutzgüter**
- wohnortnahe Versorgung,
  - Stadtzentren,
  - zentrale Versorgungsbereiche und
  - zentralörtliche Funktion

sind **durch vorhandene Regelungen** geschützt.

**Intensität des Schutzes** ist jedoch bis zum Inkrafttreten von Regionalplan und LEP **gering**

Planende Gemeinden müssen **Rechtslage zum Zeitpunkt** ihres Ratsbeschlusses berücksichtigen



## **Integrationsgebot für großflächigen Einzelhandel**

### **Ansiedlung in Wohnsiedlungsbereichen bzw. innerhalb der Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)**

- Grundsatz 170 Regionalplan
- Ziel (in Aufstellung) 4 Regionalplanfortschreibung, LEP neu

### **Nicht in Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB )**

- Ziel (in Aufstellung) 15.4 Regionalplanfortschreibung

### **Gebiete für zentrenrelevante Sortimenten nur im Zentralen Versorgungsbereich**

- Ausnahmen für Nahversorgungsstandorte und Altstandorte
- LEP neu (Ziel in Aufstellung)

### **Schutz von Wohnortnähe, Verbrauchernähe, Stadtzentren**

- RegPlanFortschreibung, Grundsätze



## **Beeinträchtungsverbot für großflächigen Einzelhandel**

**Keine Schädigung von zentralen Versorgungsbereichen (ZVB)**

**Keine Schädigung der Funktion von Grund-, Mittel-, Oberzentren**

- § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, allgemeiner Grundsatz
- § 2 Abs. 2 BauGB, Abwägungsdirektive

**Stärkerer Schutzgrad – Schutz vor wesentlicher Beeinträchtigung**

- derzeit im Regionalplan (Grundsatz)
- im LEP neu (Ziel in Aufstellung)

**Spezielle Abwehrvorschrift gegen Agglomerationen**

- in Regionalplanfortschreibung (Grundsatz)
- im LEP neu (Ziel in Aufstellung)



## Steuerung von Möbelmärkten, Baumärkten, Gartenmärkten im LEP-Entwurf

### **Nicht zentrenrelevante / nahversorgungsrelevante Leitsortimente**

- Erläuterungen im LEP

### **Begrenzung der Randsortimente**

- prozentual (Ziel in Aufstellung)
- absolut (Grundsatz)

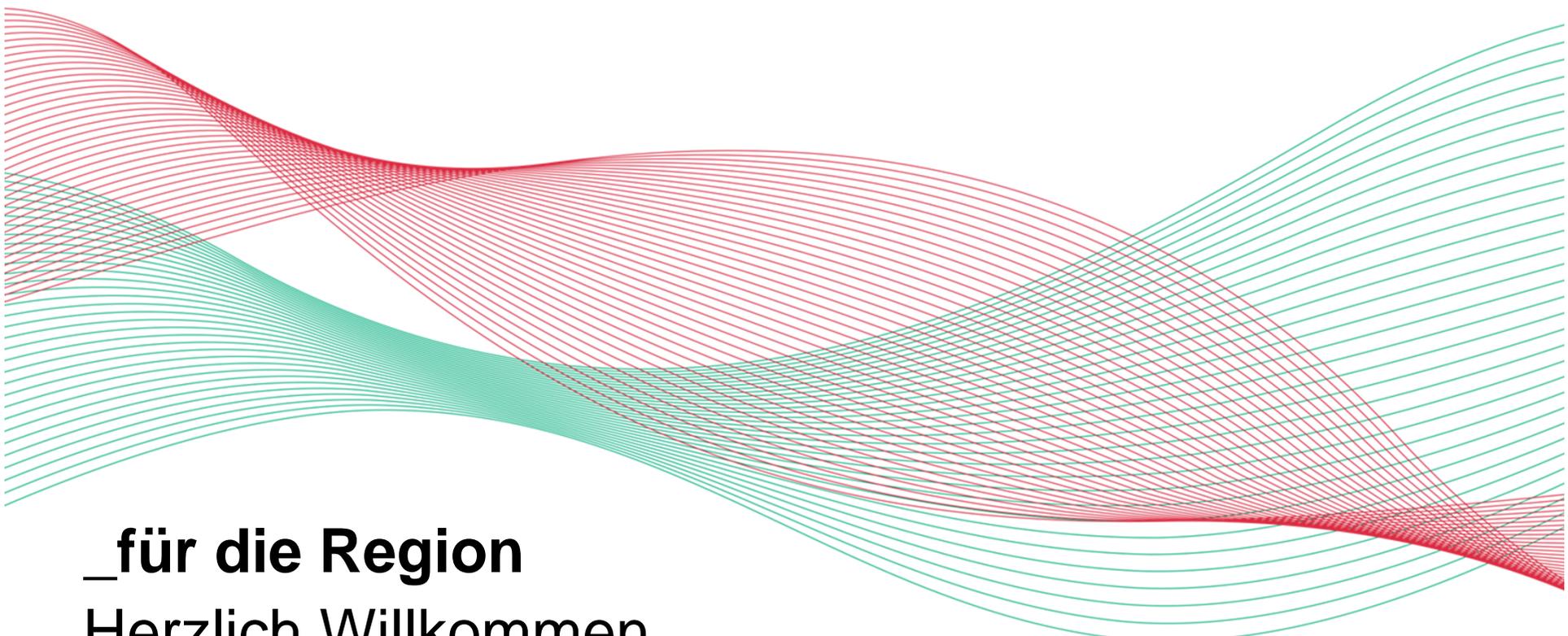
### **Kongruenzgebot für Kernsortimente** (Orientierung an Umsatz- Kaufkraft-Relation der Standortgemeinde)

- Grundsatz

### **Förderung regionaler Einzelhandelskonzepte (REHK)**

- Grundsatz





**\_für die Region**  
Herzlich Willkommen  
in der Bezirksregierung Münster

Dezernat 14 Organisation / Controlling  
Wolfgang David

Münster, 19.03.2012

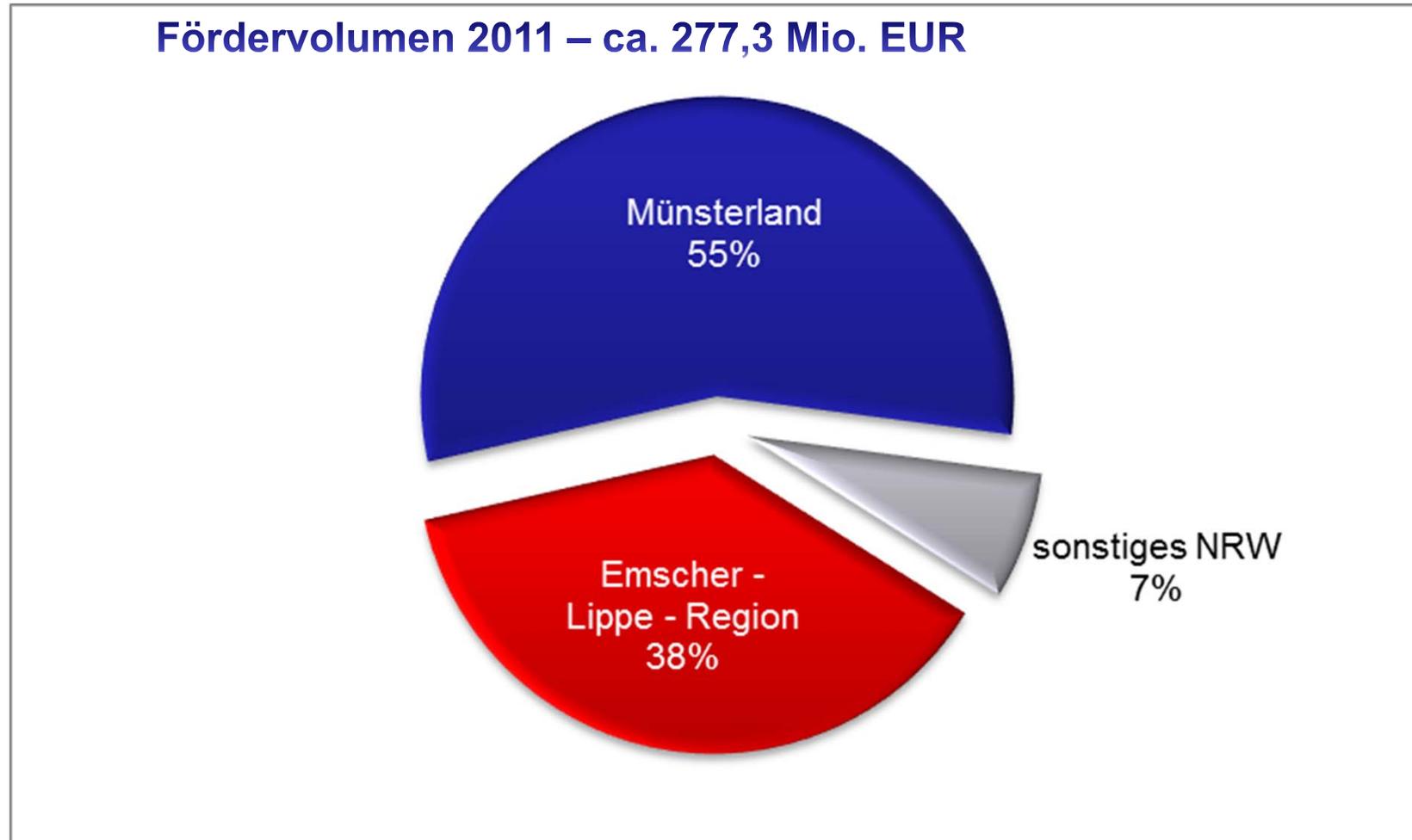


Fördercontrolling bei der Bezirksregierung Münster

# JAHRESFÖRDERPROGRAMM 2011



## Förderströme 2011



\_für die Region

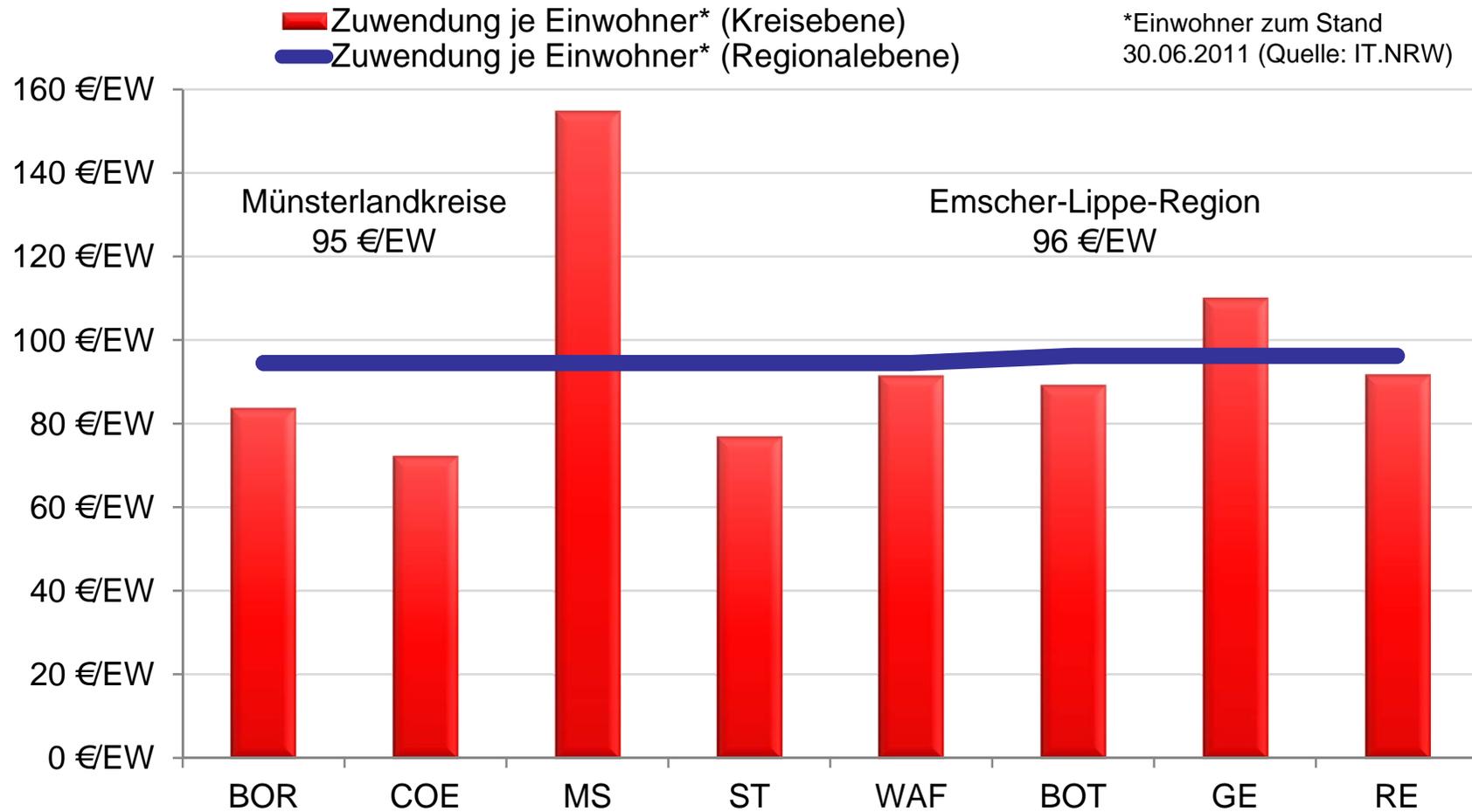


## Förderströme 2011

- nicht berücksichtigt werden Daten zu
  - Ersatzschulfinanzierung
  - Konjunkturpaket II
  - INTERREG IV A Deutschland-Niederland
  
- berücksichtigt werden Daten zu
  - Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (RWP)



## Pro-Kopf-Verteilung (für 2011)<sup>1</sup>

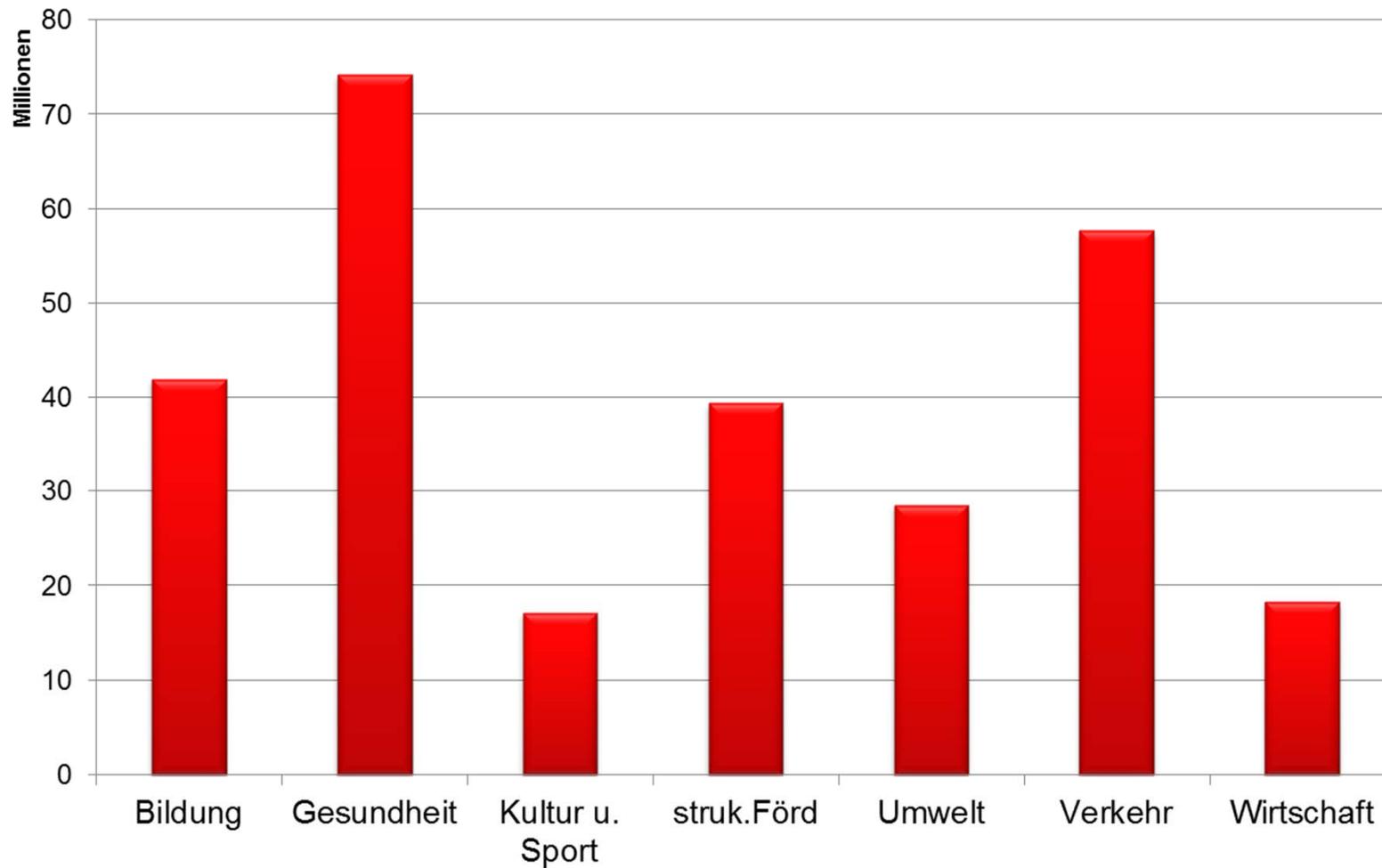


\_für die Region

<sup>1</sup> Basis: den Kreisgebieten direkt zuordbare Zuwendungen



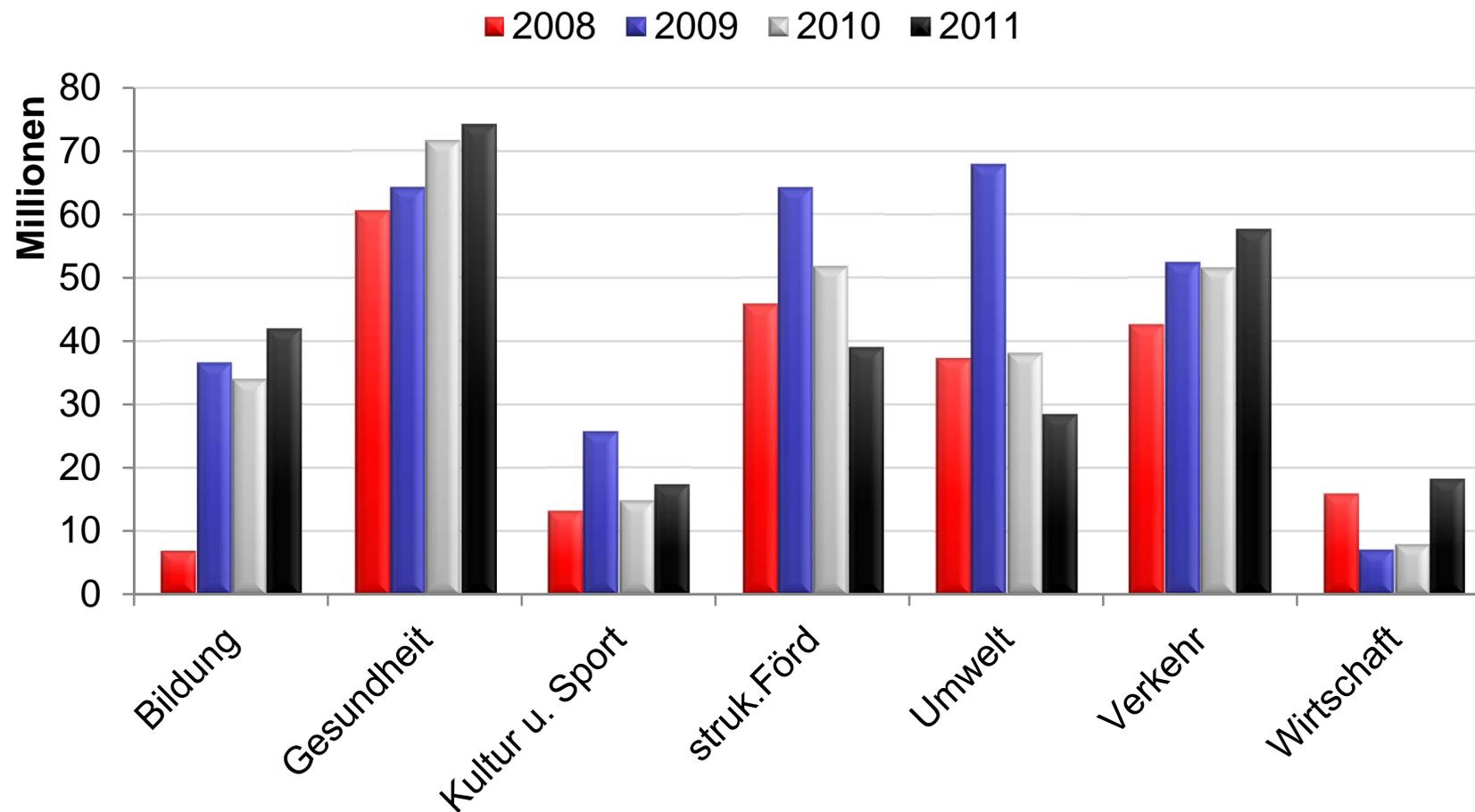
## Förderströme 2011



\_für die Region



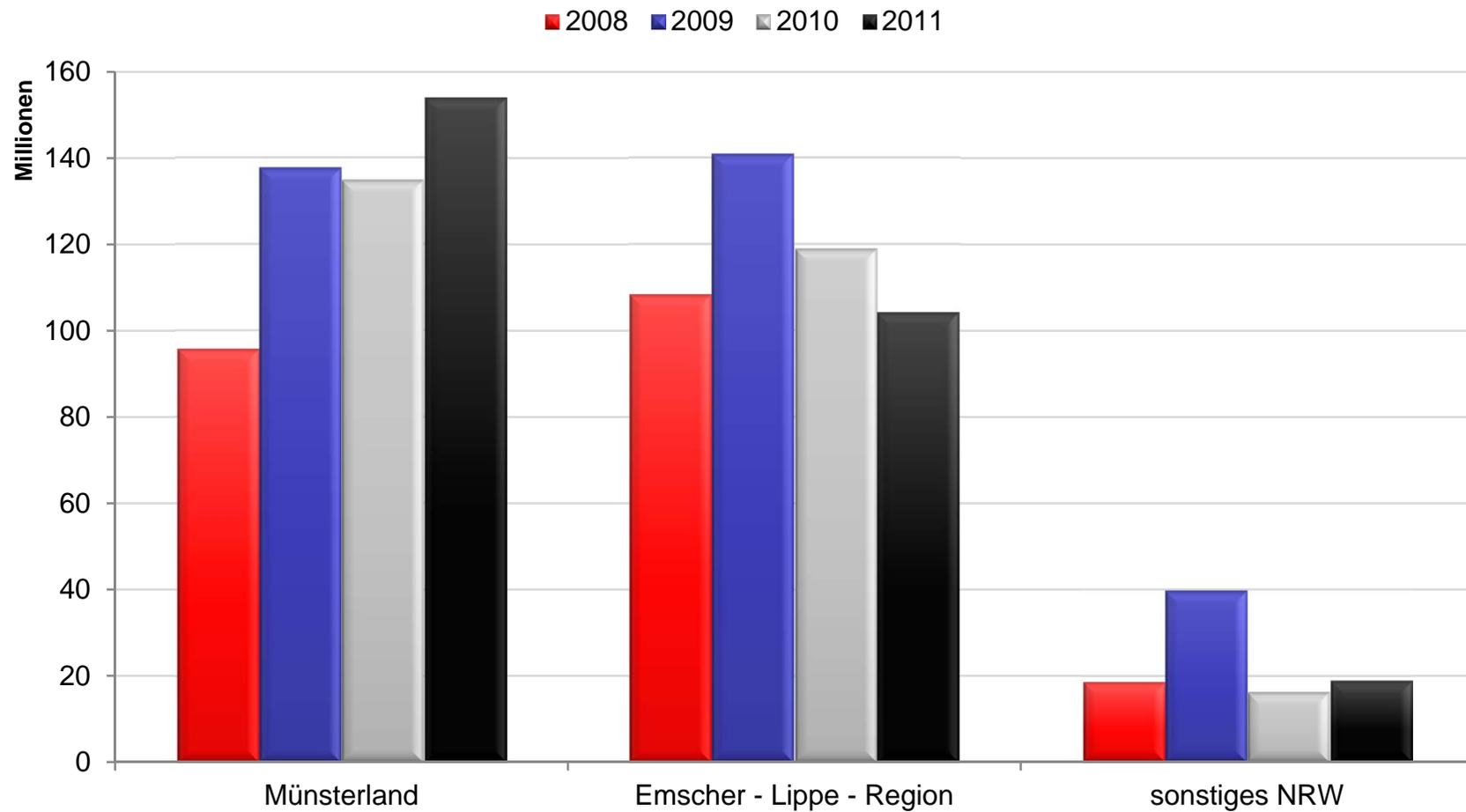
## Förderströme 2008 – 2011 nach Geschäftsfeldern



\_für die Region



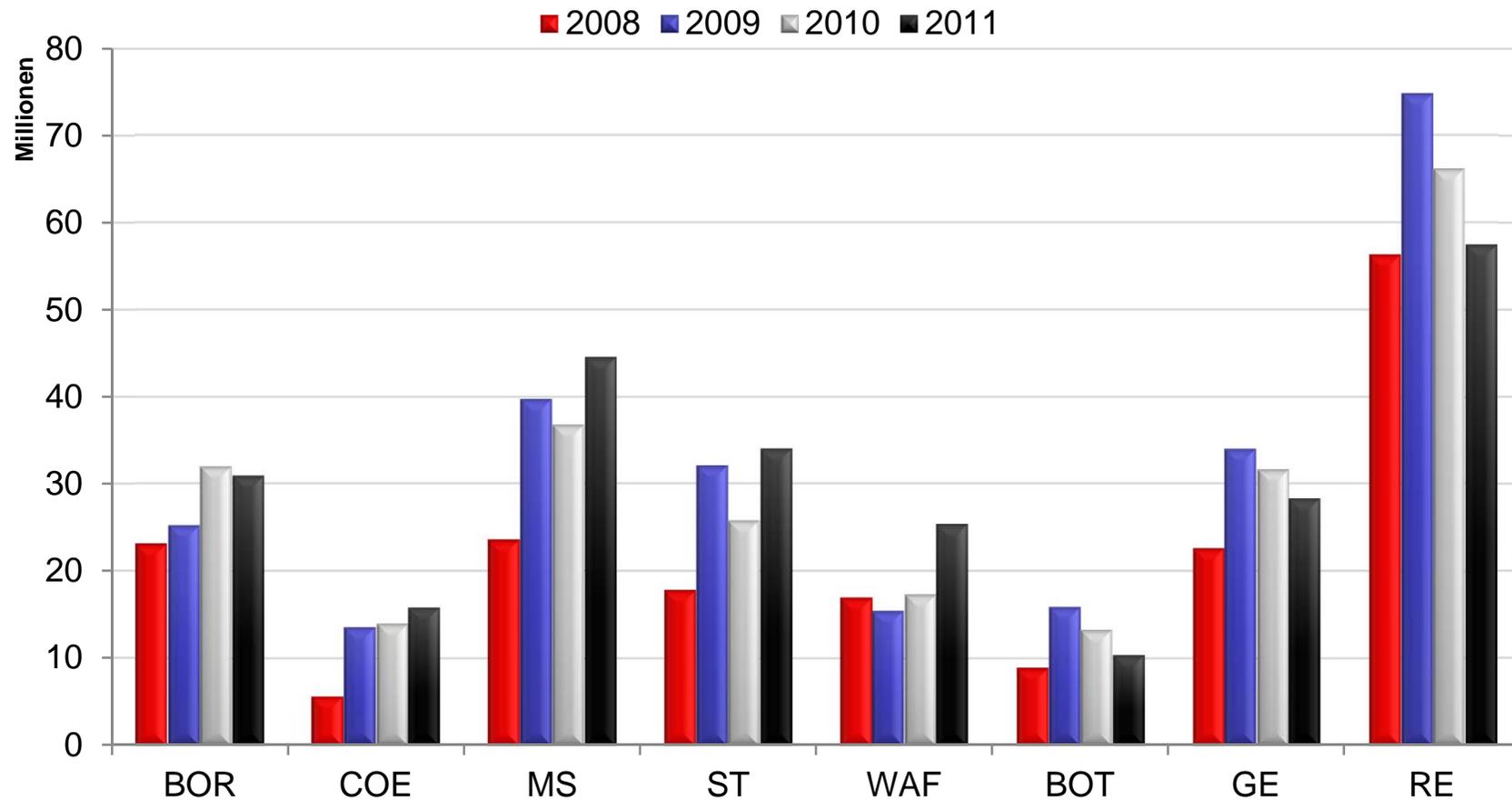
## Förderströme 2008 – 2011 nach Regionen



\_für die Region



## Förderströme 2008 – 2011 nach Kreisen



\_für die Region



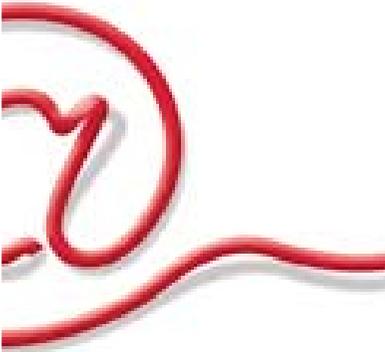
Fördercontrolling bei der Bezirksregierung Münster

# FÖRDER-CONTROLLING

\_für die Region



## Förder-Controlling am Beispiel Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume



**Zielgruppe\*:** Ortschaften < 10.000 Einwohner mit Breitbandzugang < 2 Mbit/s

**Maßnahmen\*:** Errichtung von Breitbandinfrastruktur durch Private, subsidiär durch Kommunen/Kreise

**Ziele\*:**

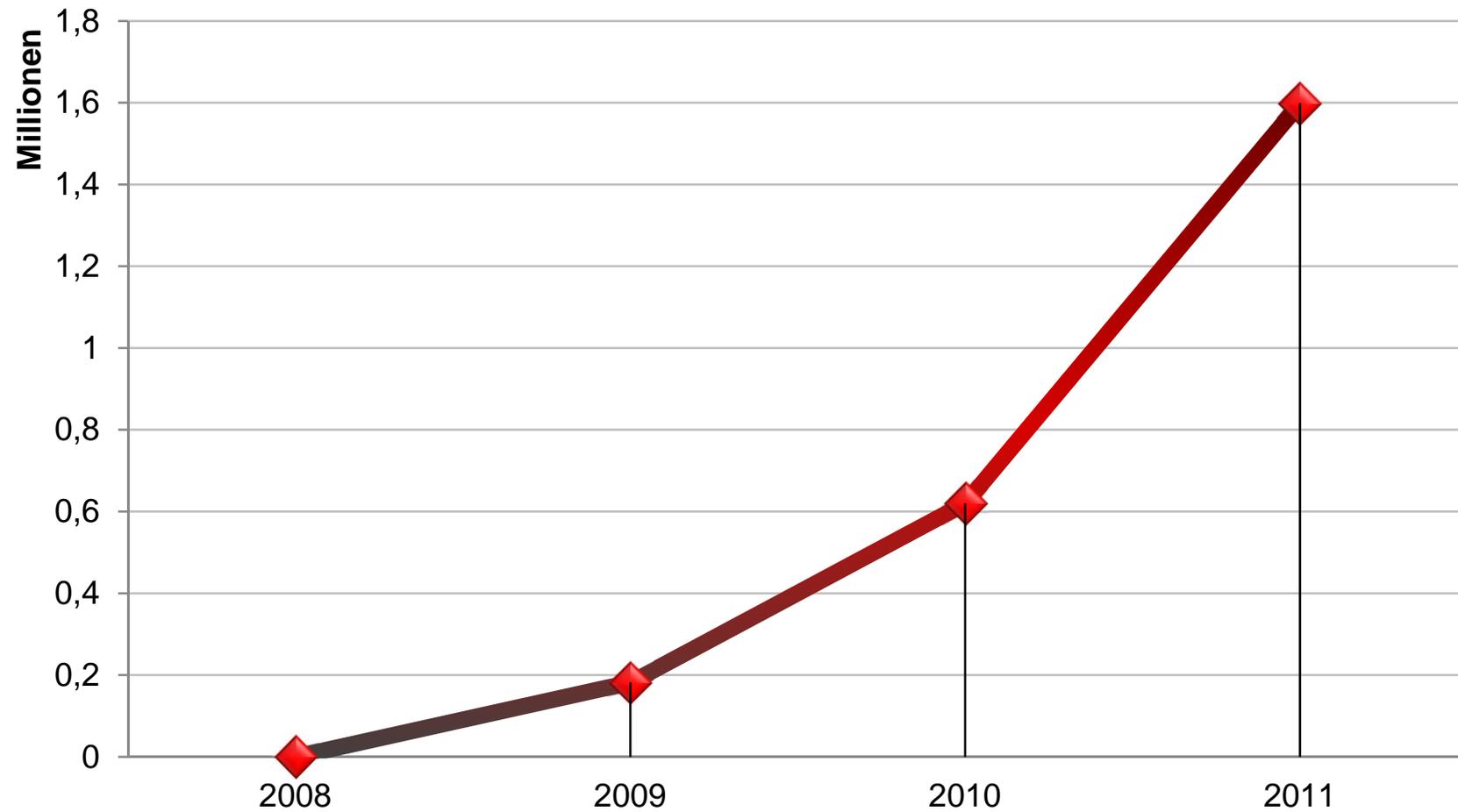
Schaffung einer zuverlässigen, erschwinglichen und hochwertigen Breitbandinfrastruktur

Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie in unterversorgten ländlichen Gebieten

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen



## Breitbandförderung ländlicher Räume im Münsterland



\_für die Region



## (Politische) Aufträge für die Breitbandversorgung (ländlicher Räume)

### EU

- Digitale Agenda: „Breitband für alle Bürger der EU - auch in entlegenen Gebieten.“

*Europa 2020*

*\_für die Region*

### D

- Kräfte bündeln für Deutschlands Zukunft: Wege zu einem schnellen Internetzugang bis in jedes Haus.

*Breitbandstrategie  
Bundesregierung*

### NRW

- Flächendeckende Grundversorgung mit leistungsfähiger Telekommunikationsstruktur

*Breitbandstrategie  
NRW*

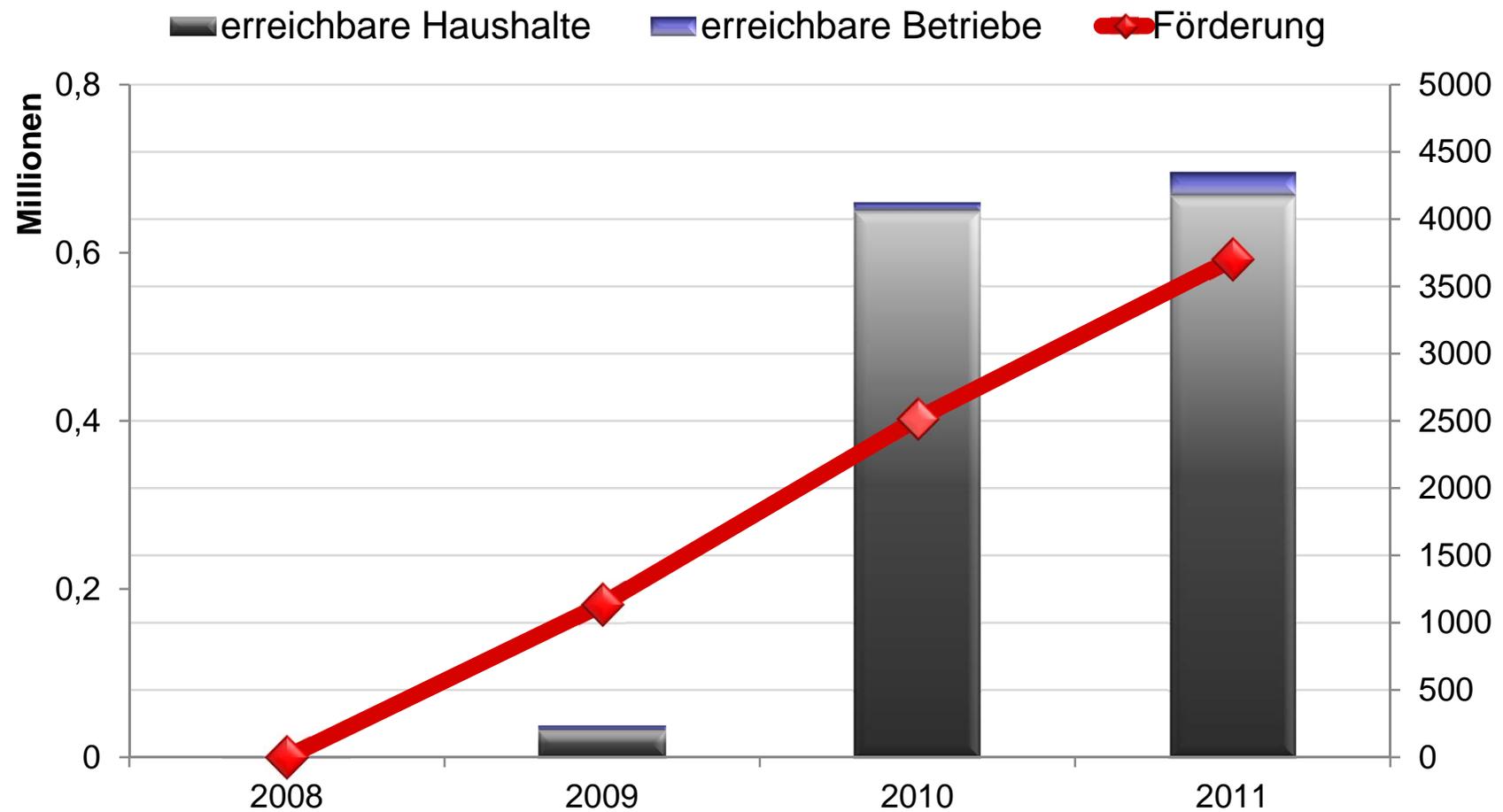
### BR Münster

- Ausbau und Förderung ausreichender Breitbandangebote in ländlichen Räumen

*Ressortzielvereinbarung  
MKULNV –  
BR Münster für  
2011*



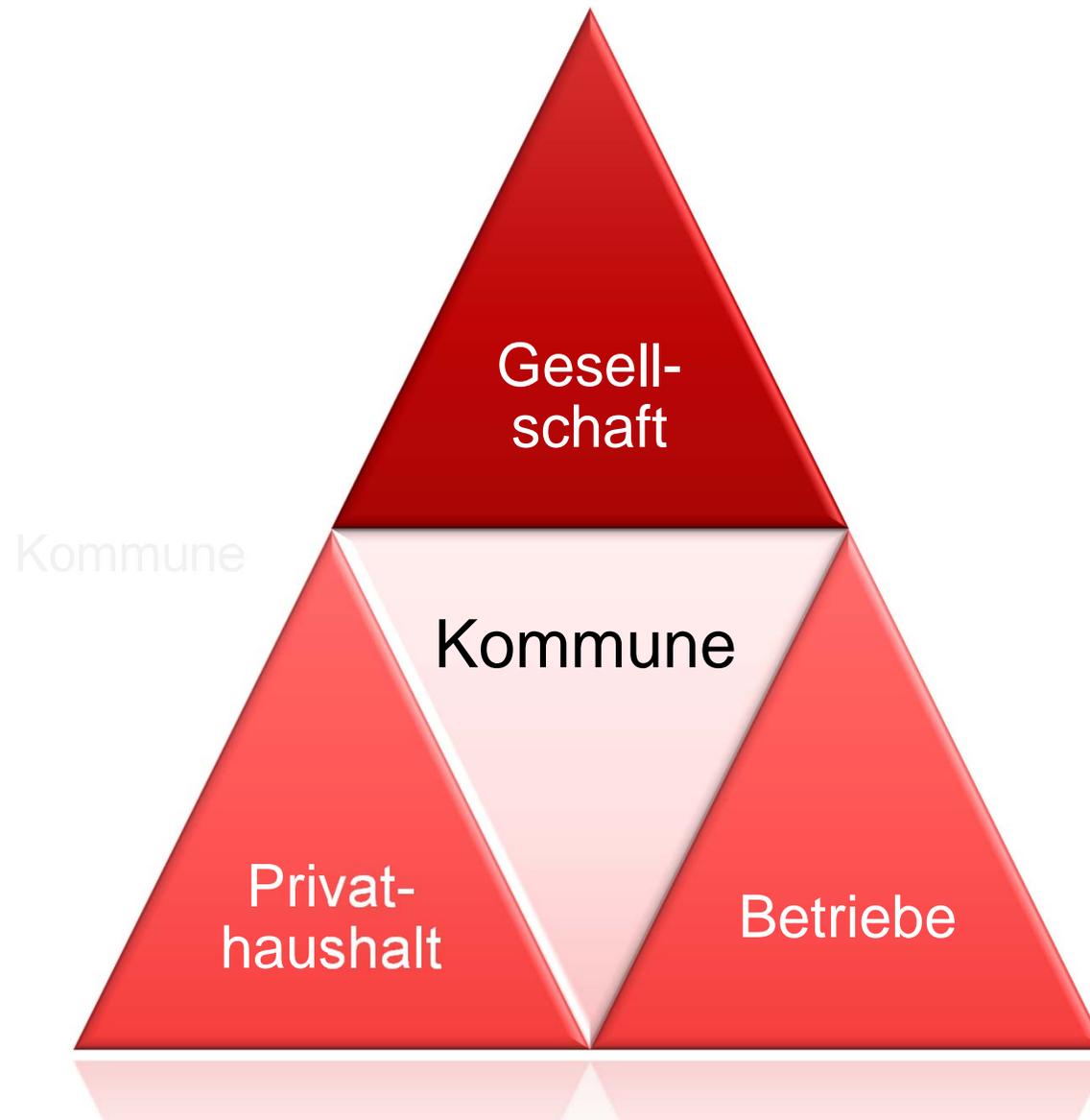
## Breitbandförderung ländlicher Räume – am Beispiel Kreis Steinfurt



\_für die Region

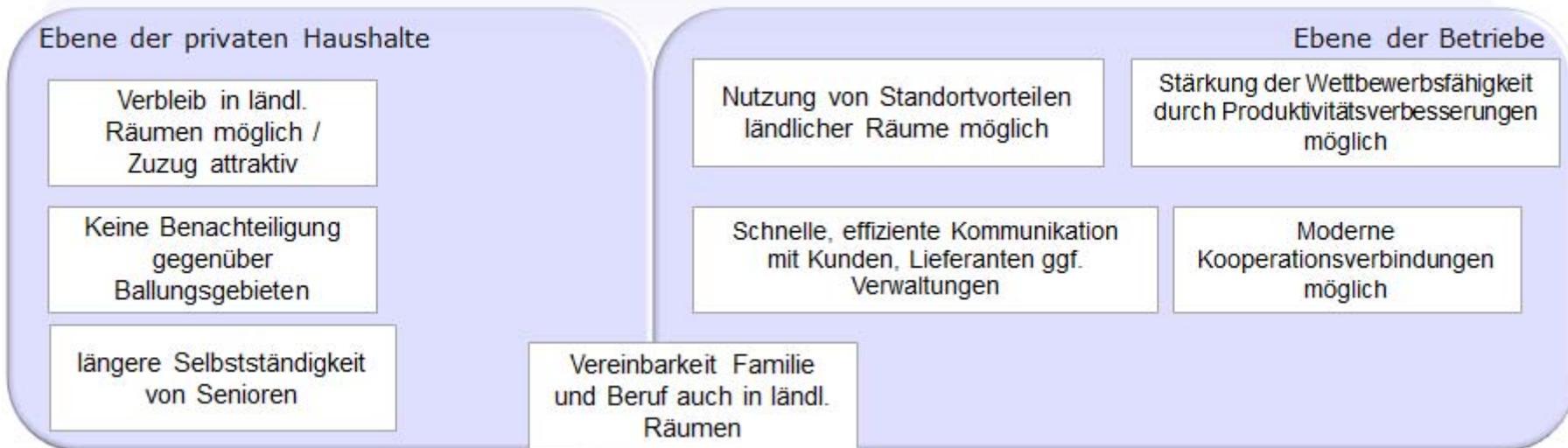
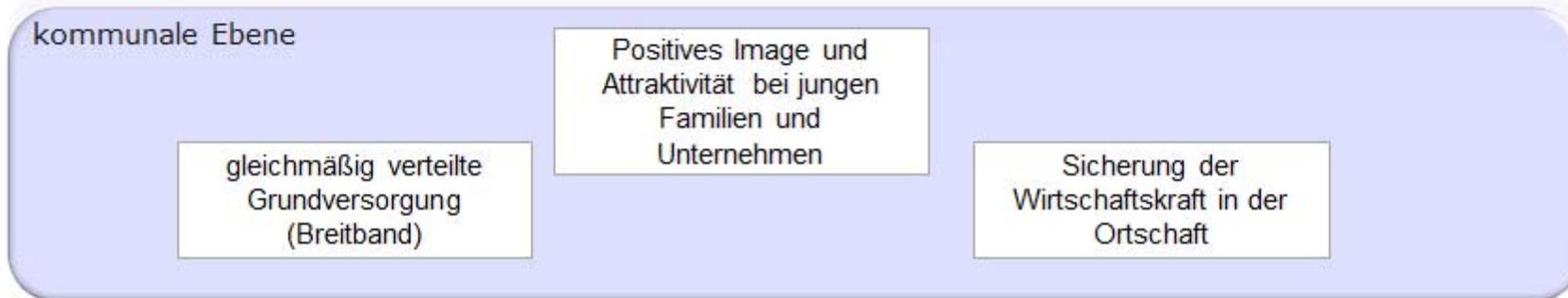


## Wirkungsebenen der Breitbandversorgung ländlicher Räume



**\_für die Region**

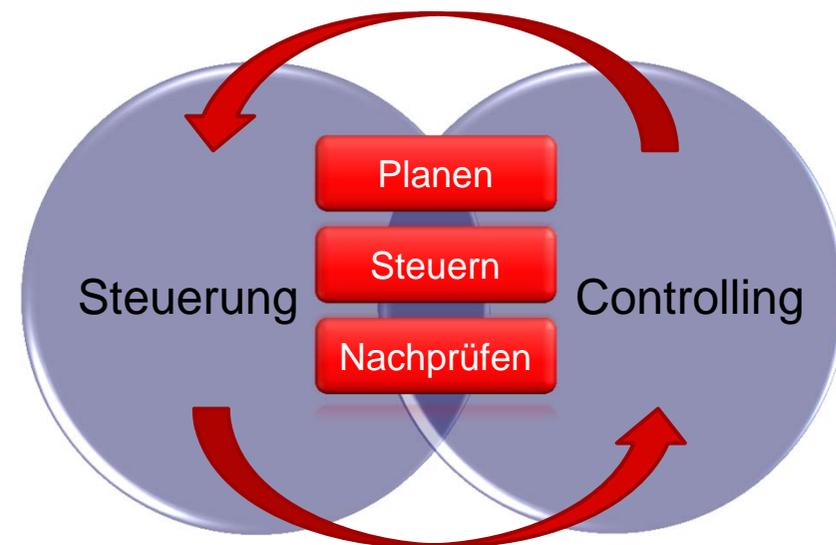
# Wirkungsebenen der Breitbandversorgung ländlicher Räume





## Aufgabe des Förder-Controllings

- Managementunterstützung durch Informationen und Vorschläge (Quelle: [www.olev.de](http://www.olev.de))
- (Kennzahlenbasierte) Methode zur Steuerung und Nachvollziehbarkeit von Leistungsprozessen
- Transparenz des Fördergeschehens und Nachweis über wirtschaftlichen Einsatz von Fördermitteln





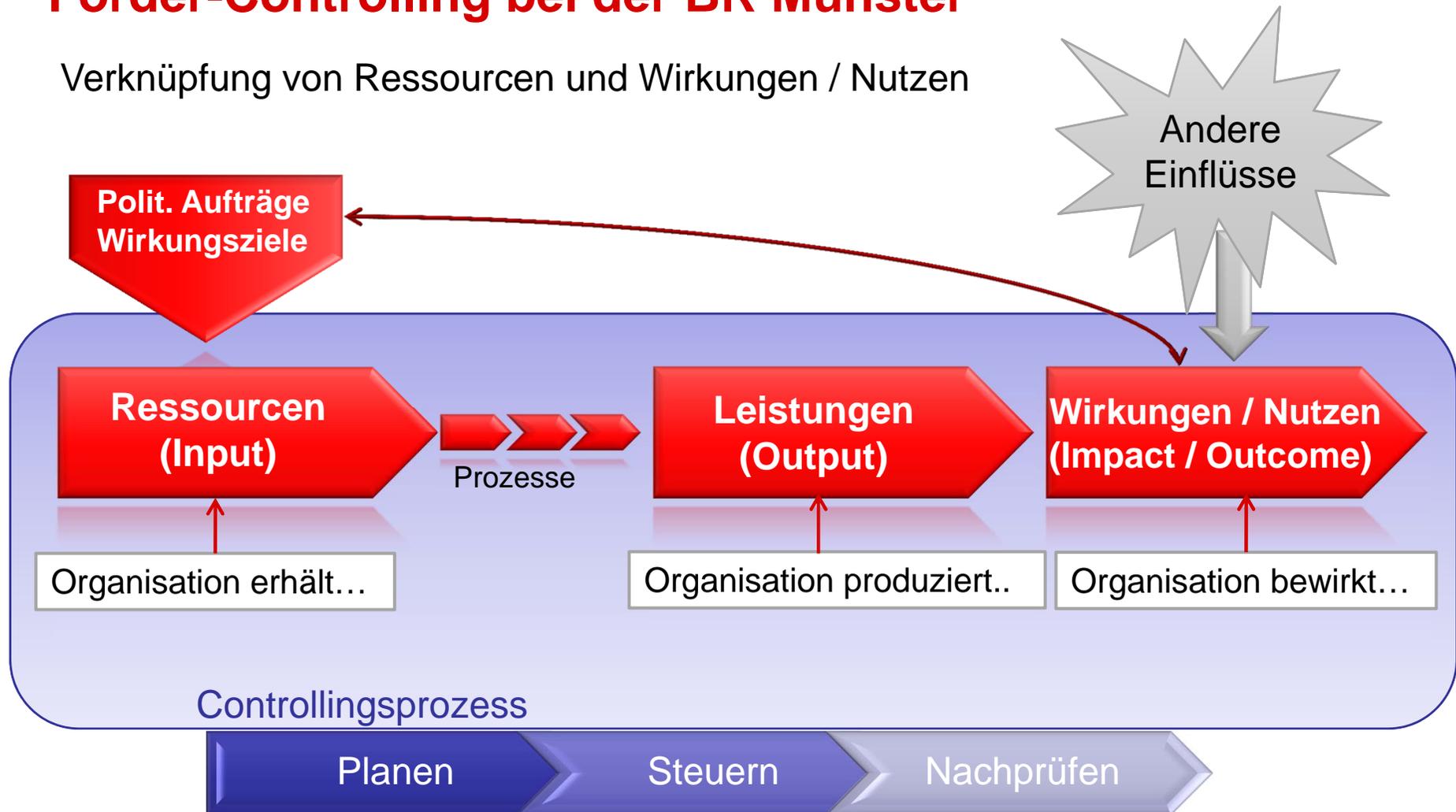
## Ansatz: Wirkungsorientierung durch Wertschöpfung

- „Der Wertschöpfungsprozess im öffentlichen Sektor muss einen gesellschaftlichen und politikrelevanten Zusatznutzen schaffen, für welchen die Politik bereit ist, Gelder zur Verfügung zu stellen.“  
(Norbert Thom / Adrian Ritz, Möglichkeiten der Wertschöpfungssteigerung durch Public Private Partnership, 2003, S. 9)
- Eine verstärkte Ergebnisorientierung, die zugleich der Leistungs- und Wirkungsebene [...] mehr Bedeutung beimisst, ist für das öffentliche Management jedoch notwendig, damit in einer Gesellschaft die staatliche Wertschöpfung überhaupt wahrgenommen wird.“  
(Norbert Thom / Adrian Ritz, Public Management, 2008, S. 81)
- Grundsatz:  
von der Mittelverteilung zu den Effekten der Mittelverwendung



## Förder-Controlling bei der BR Münster\*

Verknüpfung von Ressourcen und Wirkungen / Nutzen





**Danke**

**.... für Ihre Aufmerksamkeit!**

**\_für die Region**